

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zuzug. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Pettzelle 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelband und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 13

Sonntag den 16. Januar 1921

87. Jahrgang

5. Verteilung von ausl. Rogmehl.

An die Bezugsberechtigten des Bezirks wird demnächst $\frac{1}{2}$ Pfund ausl. Rogmehl zum Preise von 2,32 M. auf den Kopf ausgeben.

Die Ausgabe erfolgt auf Abschnitt R 6 der roten, R 6 der grünen und P 6 der orange farbigen Nährmittelliste. Bezugsberechtigte ohne Nährmittelliste erhalten das Mehl auf Befehlsanweisung der Ortsbehörde.

Verkaufsstelle bestimmen die Ortsbehörden.
Nr. 16a/21 Br. — Der Kommunalverband Dippoldiswalde, am 13. 1. 1921.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde

am 14. Januar 1921.

Das Kollegium ist vollständig bis auf den entschuldigtem Stadtverordneten Seeger. Ferner sind erschienen Herr Bürgermeister Herzmann und die Stadträte Giehl, Grill, Halm, Kiefert und Voigt. Auch eine Anzahl Zuhörer haben sich eingestellt.

Kenntnis genommen wird zunächst von einer Einladung des Kirchenvorstandes zu der nächsten Sonntag stattfindenden kirchlichen Gedächtnisfeier.

Zufolge eines Beschlusses beider Kollegien, der die Feststellung des Stadtvermögens bezweckt, hat der Finanzausschuß in sehr getreuer Arbeit eine Bewertung der städtischen unbewerteten Grundstücke vorgenommen. Hiernach besitzt die Stadt — die Stiftungsvermögen ungerchnet — 185 Pachtgrundstücke (Wiesen, Felder und Gärten) im Werte von 222 910 M., 1070 Obstbäume im Werte von 176 894 M. und Laub- und Nadelwald im Werte von 1 499 572 M. Der Wert der unbewerteten Grundstücke ist also auf insgesamt 1 899 356 M. geschätzt worden, wovon die Stadtverordneten ebenfalls Kenntnis nehmen.

Hierbei wird der Vorschlag des Vorsitzenden des Finanzausschusses wegen Erhöhung eines Pachtzinsungsamtes gestreift. Eine Vorlage in der Sache ist noch zu erwarten.

Einverständnis wird damit erklärt, daß die Zinsen der Bürgermeisterei-Vogel-Stiftung mit 70 M. der Gewerbeschule und mit 32,50 M. der Fortbildungsschule zuzustehen und daß die 120 M. Zinsen der Kaiser-Wilhelm-Jubiläum-Stiftung 10 Veteranen und Veteranenwitwen von 1866 und 1870/71 zuzukommen.

Ebenso ist man mit dem Räte einverstanden, daß der zwischen Stadtgemeinde und Schützengesellschaft bestehende Vertrag wegen der Jahrmarktsabgaben um 3 Jahre verlängert wird. Herr Stadtverordneter Niewand als Vorstandsmittglied genannter Gesellschaft trat während dieser Verhandlung ab. Das war nicht notwendig. In öffentlicher Sitzung genügt positives Verhalten der Interessenten.)

Eine umfangreichere Aussprache führte die vorgeschlagene Erhöhung des Strompreises um 8—10% ab 1. 1. 21 herbei. Sie ist dadurch bedingt, daß den verheirateten Arbeitern von diesem Zeitpunkt ab eine Familienzulage zu zahlen ist, die das Werk monatlich mit etwa 300 M. belastet. Hand man an der Erhöhung an sich wenig Geschmack, so ganz besonders an deren Rückwirkung. Von einer Seite wurde angeregt, das Geld dadurch herbeizubekommen, daß man „Benzin-schichten“, die noch in später Nachtstunden viel Lampen brennen, mit einem Zuschlag belege. Ein anderer Stadtverordneter wünschte, die Poulchalabnehmer mit der Preiserhöhung zu versehen, da diese auch bezahlen müßten, wenn der Strom ausbleibe; ein anderer wollte die Erhöhung nur auf Zeit genehmigt wissen. Ein Arbeitervertreter fragte an, ob der Betrieb nicht so eingerichtet werden könne, daß man mit weniger Arbeitskräften (!) auskomme und dadurch billiger arbeite. Herr Stadtrat Kiefert führte aus, daß unter den jetzigen Verhältnissen rückwirkende Preiserhöhungen gar nicht zu vermeiden seien, da das Werk den Preis von der Zentrale auch erst am Monatsanfang und Lohnveränderungen (wie auch die genannte Familienzulage) fast immer erst nach deren Inkrafttreten erfahre. Wenn Kohlenpreis, Gehälter und Löhne sinken, folge der Strompreis von selbst. Den Betrieb mit weniger Arbeitskräften aufrechtzuerhalten, sei wohl möglich. Die dazu nötigen Veränderungen könnten aber bei den heutigen Bau- und Materialpreisen nicht vorgenommen werden. Meistens müßte unter den heutigen Verhältnissen von Entlassungen doch wohl abgesehen werden (!) Die heutigen Preise zwingen das Werk auch zu höheren Rücklagen für Erneuerungen und etwa gebrauchte Erzeugnisse. Schließlich gibt das Kollegium einstimmig seine Zustimmung zu dem Ratsbeschlusse.

Der neuen Dienstverpflichtung für den Schularzt stimmt man ebenfalls zu. Für Dippoldiswalde wird sich nicht viel ändern gegenüber jetzt: Die Dienstlinge werden bei der Anmeldung in Gegenwart der Erziehungsberechtigten und nach einem Vierteljahr nochmals in Gegenwart der Lehrer (auch hier können die Erziehungsberechtigten nach freiem Ermessen gegenwärtig sein) untersucht. In letzterem Falle wird insbesondere festgestellt, ob ein Kind infolge seines Zustandes

von einzelnen Stunden zu entbinden ist, ob es einen besonderen Platz (Augen-, Gehörfehler) haben muß usw. Eine Untersuchung der Konfirmanden dient besonders der Berufswahl. Halbjährlich findet noch eine allgemeine und in besonderen Fällen auch Einzeluntersuchung statt. Etwas nötige ärztliche Behandlung der Kinder ist dann Sache der Erziehungsberechtigten. Weiter leitet der Schularzt die erste Hilfe bei Unfallsfällen im Schulbetrieb und stellt auf Ersuchen der Schule die Berechtigung der Versäumnis-Erziehung mit Krankheit fest, wenn das entschuldigete Kind sich nicht in ärztlicher Behandlung befindet. Das und verschiedene andere liegt dem Schularzt ob. Die Stadtverordneten stimmen dem Vertrage zu und wünschen gleich dem Räte, daß die Eltern Kenntnis vom Befund der Untersuchung erhalten. (Daß letzteres geschieht, darüber war man sich letzterzeit in der Sitzung des Schulausschusses, dem ja der Schularzt angehört, einig, soweit an den Kindern eben Fehler festgestellt werden. Kopfschmerzen machte nur die Form, da erfahrungsgemäß viele Eltern unangenehm empfindlich sind, hat eine solche Mitteilung einen politischen Anstrich; oder daß sie gar sich beleidigt fühlen, muß ihnen mitgeteilt werden, daß ihr Kind an Ungeheuer, an Krätze leidet usw. Nicht selten unterbleibt dann die Gegenwirkung. Manche Eltern sind auch gleichgültig gegen mit der Mitteilung verbundene Ratsschläge. In diesen Fällen ist dann alles umsonst gewesen.)

Vom Räte ist als hauptamtlicher Lehrer für die Handelsschule nach vorhergegangener Lehrprobe auf Vorschlag des betreffenden Ausschusses Herr Diplom-Handelslehrer Guido Harder in Göditz gewählt worden. Der Gewählte ist in Marxthal geboren, 28 Jahre alt, hat die Handelsschule in Leipzig fünf Semester besucht, die Prüfung mit sehr gut bestanden und hat die vorgeschriebene Praxis usw. hinter sich. Der festen Anstellung soll ein Probejahr mit halbjährlicher Kündigung vorausgehen. Für das Gehalt kommt Gruppe IX mit dem Titel Oberlehrer, nach fünf Jahren Gruppe X mit dem Titel Studienrat in Frage. Die Stadtverordneten nehmen Kenntnis vom Ratbeschlusse und bewilligen das Gehalt.

Weiter nimmt man die Wahl der Beisitzer zum Mitbestimmungsamt vor. Gewählt werden als Hausbesitzer die Herren Fabrikant A. Reichel, Dominik Schubert und Tischler Lohse; als Mieter die Herren Gemeindefachsekretär Schubert, Lehrer Michael und Fiskus Böhme.

Schließlich wählt man noch als Vertreter des Kollegiums im Vorstand des Wohlfahrtsvereins Dippoldiswalde Herrn Dr. S. y. R. Maune und als Vertreter im Pflegeausschuß Herrn Sieber.

Hierauf nicht-öffentliche Sitzung.

Derzeitiges und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Mit beginnender Tageshelle ist am heutigen Sonnabend der Winter wieder bei uns eingezogen. Während es noch nach 6 Uhr früh bei 2 Grad Wärme etwas regnete, bedeckte schon um 8 Uhr eine leichte Schneedecke die Flächen. Ob es aber weiter schneien wird, erscheint bei der hohen Temperatur zunächst fraglich. Daß die verfloßenen Frühlingstage nicht von Bestand sein konnten, war wohl jedermann klar. Grüne Weihnachten — weiße Ostern!

— Heute Sonnabend abend wird in der Reichstrone das Wohlwärtigkeits-Konzert stattfinden. Der Vorverkauf der Karten ist sehr rege gewesen, es kann daher mit einem vollen Hause gerechnet werden. Die auf den Karten verzeichneten Nummern sind auch gleichzeitig die Pl.-p. Nummern. Bemerkenswert ist noch, daß das Konzert pünktlich 7 Uhr beginnt und daß die Plätze vor dieser Zeit eingenommen werden müssen.

— Stern-Bildis tele. Das Programm für Sonntag sieht ein Filmwerk in 5 Akten vor „Der Jäger vom Fall“, nach Ludwig Campdoser. Außerdem wird noch ein Lustspiel und die Wetterwoche gezeigt werden.

— Am Sonntag abend wird im Schützenhaussaal der Werwandlung-Schauspieler Hanns Pauli eine Vorstellung geben. Herr Pauli, der früher längere Zeit am Zentraltheater in Dresden wirkte, geht ein guter Ruf voraus, Rezensionen in auswärtigen Zeitungen bringen viel Lobendes. Man darf daher wohl erwarten, von einem Besuche begleitet heimzugehen.

— Am 21. Januar wird die heutige Beschäftigung wieder in der bisherigen Weise mit 3 Hengsten besetzt werden. An Stelle des Hengstes Carolus wird ein neuer Hengst einstreifen. Für den 22. Januar ist Hengstauslieferung vorgesehen, zu der auch der neue Landkassmüller zugegen sein wird.

— Nach der vom Reichswirtschaftsminister getroffenen Preisfestsetzung darf vom Kleinhändler für das ihm auf Grund der Zuteilung für Januar 1921 durch Straßenanfuhrwagen der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft zugeführte Petroleum nicht mehr als 7,25 M. für das Liter ab Laden gefordert werden.

Schmiedeberg. Montag den 17. Januar, abends 8 Uhr, wird in der Kirche zu Schmiedeberg eine Versammlung aller Kirchenfreunde stattfinden. Redner sind die Herren Pfarrer Friedrich-Schmiedeberg, Pöchner-Hennersdorf und Sup. Michael-Dippoldiswalde.

— Am 2. Februar wird Herr Kantor Große im hiesigen Gasthof unter Mitwirkung der Männergesangsvereine Schmiedeberg und Eisenwerth-Schmiedeberg, des Gemischten Chores 1919 und des Schillerchors eine gemeinsame öffentliche Beethovenfeier veranstalten.

Frankenstein. Der Kirchenvorstand hat in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, künftig von den Zuschauern der Trauungen eine Gebühr von 50 Pf. für die Person zu erheben. Der Ertrag soll zur Wiederherstellung der Orgel dienen, die noch immer der Prospektzissen entbehrt.

Dresden. In der Freitag-Sitzung des Landtages forderte die Regierung die Erhöhung der Grundsteuer von 10 auf 20 Pf. und die Bewilligung zur Neuausgabe von unverzinslichen Schatzanweisungen in Höhe von 500 Mill. Mark. Während die sozialdemokratischen Redner der Vorlage zustimmten, übten die Bürgerlichen doch ziemlich Kritik an der Vorlage. Insbesondere bemängelten sie die weitere Forderung eines Kredits und forderten, daß die Regierung in Zukunft jegliche Lebensmittelpreise unterlassen müsse, da der Großhandel dafür besser und billiger Sorge als die Regierung. Ferner wurden Anträge angenommen, die eine große Selbständigkeit der Gemeinden in der Regelung der Einkommensteuer und eine Entschädigung für die Gemeinden für ihre Arbeit im Interesse der Finanzämter bewilligten. Nach kurzer Debatte wurden die Anträge angenommen. Bemerkenswert ist, daß von Regierungssseite betont wurde, daß die Autonomie der Gemeinden unangefastet bleiben müsse. Nächste Sitzung: Dienstag den 18. Januar mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Ausschussberatung über die Wahlmaner der Mitglieder des Landeskulturrates, über Ortsgruppen an Beamte und Lehrer, über die Rollage der stellenlosen Kandidaten und die wirtschaftliche Rollage der Studenten.

— Das Ende der staatlichen Schlachtviehvericherung in Sachsen. Der Reichsausschuß des Landtages hat in seiner Sitzung am Mittwoch beschlossen, den 25prozentigen Beitrag zu der aus Mitteln der Schlachtviehvericherung zu gewährenden Entschädigung in Wegfall zu bringen und weiter den Beschluß gefaßt, daß auch der Staat in Zukunft nicht mehr, wie dies bisher geschah, die Verwaltungskosten trägt, daß vielmehr der Beitrag zur Entschädigung sowohl wie auch die Verwaltungskosten von den Versicherungsnehmern getragen werden sollen. Daraus wurde von deutschnationaler Seite der Gedanke angeregt, die ganze Schlachtviehvericherung nach Wegfall der staatlichen Unterstüßung in Selbstverwaltung zu übernehmen. Zur Begründung wurde angeführt, daß auch die Schlachtviehvericherung als Selbstverwaltungskörper viel billiger wirtschaften würde, als dies bisher der Fall gewesen sei.

Bad Schandau. Die Mühle Röhndorf bei Schandau ist wegen Schwarzmahlens beschlagnahmt worden. In der Mühle wurden in der Zeit vom 14. August bis 20. Dezember 1920 830 Zentner Getreide schwarz gemahlen. Außerdem hatte die Mühle einen marktschreierischen Brotverkauf. In der Amtshauptmannschaft Pirna liegen bis jetzt insgesamt 133 Anzeigen wegen Schwarzmahlerei vor.

Frankenberg. Die städtischen Kollegien haben die Erhöhung des Zuschusses an die dortige Stadtkapelle von 3000 auf 6000 M. beschlossen.

Bauten i. E. Bei der Gemeinderatswahl sind 11 Bürgerliche, 8 Kommunisten und 1 Reichheitssozialdemokrat gewählt worden. Bisher bestand eine kommunistisch-sozialistische Mehrheit.

50 Jahre Deutsches Reich.

Sam 18. Januar.

Am 18. Januar ist ein halbes Jahrhundert ver-
gangen seit dem denkwürdigen Tag, an dem im Jahre
1871 in dem Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles
das deutsche Kaiserreich proklamiert wurde. Während
die Herstellung der deutschen Einheit im Jahre 1866
in dem Einpruch Frankreichs gescheitert war, konnte
vier Jahre später das Werk Bismarcks unter dem Ein-
druck der gewaltigen deutschen Siege vollendet wer-
den. Die treue Waffenbrüderschaft im Kampfe gegen
den westlichen Nachbarn hatte im deutschen Volke wie-
der die alte Sehnsucht nach der Einigung der deut-
schen Stämme in voller Stärke geweckt und die Wie-
berherstellung des deutschen Kaiserreiches zur Wirklich-
keit werden lassen.

Fünfzig Jahre sind seitdem verfloßen. Mancher
Sturm ist über das Reich hinweggegangen, aber nichts
konnte die Einheit des deutschen Reiches erschüttern.
Wohl hat die Monarchie der republikanischen Staats-
form Platz machen müssen, die Einheit ist allen Ab-
spaltungsvorhaben zum Trotz gewahrt geblieben. Und
wenn auch heute durch den Gewaltfrieden von Versailles
jahrhundert alte deutsche Brüder unter fremdes Joch gezwun-
gen sind, alle befecht nach wie vor das Bewußtsein
der Zusammengehörigkeit und die Hoffnung auf baldi-
ge Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterland.

Mit Stolz blüht das deutsche Volk heute an
dem fünfzigsten Gründungstage auf die Entwicklung
des deutschen Reiches zurück. Zwar blieben dem jun-
gen Reiche anfangs innere Erschütterungen nicht ers-
part — wir erinnern nur an den Kulturkampf, an die
erbitterten parlamentarischen Kämpfe, wenn es sich um
die Verstärkung des Heeres, um Steuerfragen und an-
dere wirtschafts-politische Fragen handelte —, doch der
innere Ausbau des Reiches wurde restlos fortgesetzt.
Es wurde die Wehrhaftigkeit geschaffen, die auch heute
nach der Wehrlosmachung Deutschlands in der Reichs-
wehr ihren Ausdruck findet. Durch die Einführung
des bürgerlichen Gesetzbuches und einer einheitlichen
Gerichtsverfassung wurde die deutsche Rechtseinheit ab-
geschlossen.

Von großer Bedeutung ist die Wirtschafts-
einheit. An Stelle des zersplitterten Münzwesen
trat die Münzeinheit. Ferner wurde gleiches Maß
und Gewicht geschaffen. Das Postsystem wurde aus-
gebaut. Mit der Schöpfung der Reichspost erfuhr der
Verkehr einen großen Aufschwung, und erst vor kur-
zer Zeit wurde auch die Vereinfachung des Eisen-
bahnwesens durchgeführt. Auf dem Gebiete der Steuer-
politik sind wir allmählich, allerdings auch erst nach
dem Kriege, zu einer gewissen Einheit gekommen.

Auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetz-
gebung wurde Großes geleistet, so daß Deutschland hierin
allen Staaten vorbildlich wurde. Die sozialen Re-
formen wurden eingeleitet mit dem Krankenversicherungsgesetz,
dem das Unfallversicherungsgesetz und Invalidenversi-
cherungsgesetz folgten. In der Reichsversicherungsord-
nung wurden dann alle sozialen Gesetze zusammen-
gefaßt. Gleichzeitig wurde eine Versicherung der Hin-
terbliebenen geschaffen. Kurz vor dem Kriege wurde
die Versicherung der Privatangestellten ins Leben ge-
rufen. Die Arbeiterausbildung wurde ständig
ausgebaut.

Die Industrie und die Technik nahmen einen un-
geheuren Aufschwung. Deutschland trat in die Reihe
der Kolonialländer, und der deutsche Handel hatte
sich im Laufe der Jahre eine Weltstellung erungen.
Auf allen Meeren wehte die deutsche Handelsflagge,
ein bereiteter Zeuge deutschen Fleißes und deutscher
Tätigkeit.

Da brachte der Weltkrieg mit seinen Folgen den
schweren Rückschlag. In Frankreich hatte man die
Niederlage von 1870 niemals vergessen. Der Gedanke
nach Rache wurde in dem französischen Volke stets
wach gehalten. Mehrmals drohte es im Laufe der
letzten fünfzig Jahre zu neuen kriegerischen Entwick-
lungen zu kommen, zwar gelang es immer wieder,
den Frieden zu erhalten, doch je mehr Deutschland
seine machtvolle Stellung unter den Nationen befestigte,
desto mehr spitzte sich die europäische Lage zu. Die
zunehmende wirtschaftliche und politische Machtent-
wicklung erregte den Neid Englands in steigendem Maße,
es glaubte sich in seiner Weltmarktstellung und in der
bisher behaupteten Herrschaft zur See bedroht.
Eduards VII. Einkreisungspolitik fand in Rußland,
das sich seit dem Berliner Kongreß von 1878 immer
mehr von Deutschland zurückzog, und in dem revanche-
lustigen Frankreich geeignete Bundesgenossen, um der
Ring um Deutschland immer enger zu ziehen, wäh-
rend Deutschland sich durch den Dreibund mit Ita-
lien und Oesterreich zu sichern suchte. Welche Mächte
gruppen bereiteten sich durch gewaltige Aufstellungen
zu Lande und zur See auf den nahezu unvermeidlichen
Zusammenstoß vor. Der Marokkoneinklang konnte nur
mit großer Mühe beigelegt werden.

Da kam der Weltkrieg. Gegen eine Welt von
Feinden hielt das deutsche Volk vier Jahre lang mit
beispielloser Tapferkeit im Felde und in der Heimat
stand, bis es schließlich zermüdet durch die Belastung
von jahrelanger Not und Entbehrung der Uebermacht
der Feinde unterlag. Aus dem kaiserlichen Deutsch-
land wurde die demokratische Republik, aber die deut-
sche Stammesgemeinschaft, die vor 50 Jahren geschni-
det wurde, hielt weiter stand. Und wie die deutsche
Staatseinheit den Stürmen des Weltkrieges getrotzt
hat, so wird sie dem deutschen Volke auch weiterhin
ein teures Kleinod sein. Auch der Gewaltfrieden von
Versailles wird die deutsche Einheit nicht zu sprengen
vermögen.

Neue Steuern!

Nicht Milliarden Mehrbelastung.

Bei Erfüllung sämtlicher Forderungen der Be-
amten, einschließlich der Anforderungen der Eisen-
bahnen in Höhe einer Milliarde, würde das Reich
jährlich für Beamtenbesoldung 3,8 Milliarden mehr
aufwenden müssen. Der Mehraufwand für die Be-
amtenbesoldung der Länder und Gemeinden wird auf
die gleiche Summe geschätzt. Den einzelnen Ländern
sitzten jedoch selbst nach Einführung neuer direkter
Steuern nur geringe Geldmittel zu, so daß auf alle
Fälle das Reich die Hauptlast zu tragen hat.

Das Reich kann den Mehraufwand für die Be-
amtenbesoldung der Länder und Gemeinden nur in
der Form übernehmen, daß das Reich die neuen
Steuerquellen erschließen und die Erträge auf die
Steuern zum Teil an die Länder bezug. Gemeinden
abgeben wird. Insofern wird also die gesamte Mehr-
belastung von vielleicht rund acht Milliarden das
Reich treffen.

Die Steuerpläne des Reichsfinanzministers.

Wie der Reichsfinanzminister Dr. Wirth einem
Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ erklärte, müssen
wir außerdem schon für den Haushalt für 1921 mit
einem Defizit von rund sieben Milliarden rechnen.
Es werden also im ganzen etwa fünfzehn Mil-
liarden neu aufzubringen sein. Das wird nur mög-
lich sein durch eine Steigerung der Einnahmen aus
den Eisenbahnen, sowie aus dem Post- und dem
Telegraphenverkehr, also durch eine Erhöhung so-
wohl der Personen- wie der Gutersteuern und
eine Erhöhung der Brief-, Telegramm- und
Telephongebühren. Um die werden wir nicht
herum kommen, aber sie allein wird nicht reichen.
Neue Steuern werden hauptsächlich für die Deckung
sorgen müssen. Welche Steuerquellen in Frage kom-
men, das ist noch Gegenstand der Erwägungen.

Im finanzpolitischen Ausschuss des Reichstages
ist die Junggefallensteuer angeregt
worden. Ihr Erträgnis würde jedoch nur gering sein.
Weit höhere Erträgnisse würden aus einer Erhöhung
der Kohlensteuer, die bis zum 1. März gilt,
aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer, aus der
Einführung einer Zuckersteuer fließen. In Betracht
kommt schließlich auch die Schaffung von Einnahmen
aus Monopolen.

Der Reichsfinanzminister wird seine neuen Steuer-
pläne voraussichtlich schon in den nächsten Tagen bei
dem Zusammentritt des Reichstages vorlegen. Bis da-
hin werden wohl auch die Verhandlungen mit den
Beamten zum Abschluß gekommen sein. Der Reichs-
finanzminister und die einzelstaatlichen Finanzminister
sich auf dem Standpunkte, daß eine neuen Aus-
gaben ohne gleichzeitige Deckung bewilligt werden dür-
fen. Unter diesen Umständen wird das Parlament
um die Genehmigung neuer Steuern kaum herum
kommen.

Die große Frage dabei ist nur, ob das deutsche
Wirtschaftsleben und jeder einzelne Steuerzahler heute
noch eine weitere Belastung auf sich nehmen können.
Die bisherigen Steuerlasten sind bereits so hoch, daß
die Steuern von weiten Schichten der Bevölkerung
nur mit den größten Schwierigkeiten aufgebracht wer-
den können. Neuerdings machen nun auch die Ge-
meinden jede erdenkliche Steuermöglichkeit ausfindig,
so daß man bei den heutigen Lebensverhältnissen schließ-
lich kaum noch die Steuern erschwingen kann, wenn
man nicht — drastisch gesagt — letzten Endes ein Dar-
lehen eigens zu diesem Zwecke aufnehmen will. Und
nun schon wieder neue Steuerpläne! . . .

Polnische Putschabsichten.

Polens Rüstungen in Oberschlesien.

Eine neue deutsche Note weist die Vorkasernen-
ferenz auf die polnischen Rüstungen an der preußi-
schen und ober-schlesischen Grenze hin und gibt unter
Verfügung eines zahlreichen Beweismaterials eine aus-
führliche Darstellung über das Wesen der Tätigkeit
der geheimen polnischen Militärorganisation in Ober-
schlesien P. O. W., die ständig weiter ausgebaut wird.
Die deutsche Regierung hält sich für verpflichtet,
in dieser Note erneut auf die Gefahren aufmerksam
zu machen, die dem Frieden in Oberschlesien von dieser
Seite drohen. Sie tut dies im festesten Augenblick,
um mit der Hilfe der alliierten Regierungen wenn
möglich noch den Ausbruch eines erneuten Auf-
standes im Abstimmungsgebiet zu verhindern, der
nach allen vorliegenden Nachrichten für Mitte des
Monats Januar geplant zu sein scheint. Sie hält es
für ihre Pflicht, in letzter Stunde vor Taten
zu warnen, die eine dem Friedensvertrage entspre-
chende Abstimmung verhindern und erneutes
namenloses Unglück über das bereits über alles Maß
vom polnischen Terror gequälte Land bringen würden.
Es ist an der Zeit, dem Terror zu steuern und unter
allen Umständen zu verhindern, daß er durch noch
Schlimmeres, den Bürgerkrieg, ersetzt werde.

Nachkassur und Stotrupps.

An der Hand von zahlreichen polnischen Militär-
befehlen wird der Beweis geführt für die schweren
Beschlagnahmen, die in der Note erhoben sind. Seit
dem letzten polnischen Aufstand im September 1920
haben die Polen die Organisation der irregulären
Truppenformationen frasser und einheitlicher zusam-
mengefaßt, ihre Mitglieder im Gebrauch der Nachkassur-
mittel und in der Durchführung der ihnen übertra-
genen Aufgaben ausgebildet. Gleichzeitig wurde die
Bereitstellung und die Verteilung der Waffen durch-
geführt. Der weitere Ausbau der Organisation auf
rein militärischer Grundlage erfolgte

nach den Weisungen des polnischen Kriegsministers
in Warschau im Einvernehmen mit dem Oberkom-
mando der polnischen Armee. Zur Erteilung von In-
struktionen wurde ein höherer polnischer Offizier von
Warschau nach Sosnowice zum dortigen Stabe der
P. O. W. entsandt. Hand in Hand mit dieser Um-
gruppierung der auf polnischem Boden bereitgestellten
Kräfte ging die Zusammenfassung der in Oberschlesien
selbst verteilten Hallersoldaten in Hallervereinen.

Zur Durchführung technischer Arbeiten, wie sach-
gemäßer Sprengungen von Brücken und Bahnlücken
bei Beginn des Aufstandes wurden besondere tech-
nische Formationen gebildet. In Sosnowice finden
fortgesetzt Nachkassur statt, in der Regel in
Trupps von 150 Mann, die sich geschlossen von Ober-
schlesien nach Sosnowice begaben, ohne bei der Grenz-
überquerung die geringsten Schwierigkeiten zu finden,
und die neben freier Verpflegung täglich 50 Mark
erhielten. Innerhalb der Bezirke wurde die Aufstel-
lung der Stotrupps (Stotrupps) fortgesetzt, die bei
Beginn des Aufstandes sich in den einzelnen Ortschaf-
ten der Gewalt bemächtigten und jeden deutschen Wä-
berstand niederzuschlagen sollten.

Alle diese Maßnahmen und Vorbereitungen sind
im Dezember wesentlich lebhafter betrie-
ben worden. Der Eindruck, daß man unmittelbar
vor dem Ausbruch steht, wird auch dadurch ver-
stärkt, daß sich in den letzten Wochen die Polen im
dem Abstimmungsgebiet wieder öffentlich mit ihren
Waffen auf den Straßen zeigen, in einzelnen Ort-
schaften sämtliche Polen bewaffnet sind.
Die zuverlässigsten Leute aus allen Stotrupps sind
zum Angriff auf den Kreuzburger Kreis zusam-
mengefaßt worden. Die Hauptkräfte dieser Stotrupps
sind angewiesen, in Richtung Gleiwiß-Deuthen vor-
zustoßen.

Verbrechergesinde im Dienst der Polen.

Die Aufzeichnung weist dann noch besonders auf
die Tajna Bojowka hin, eine militärisch organi-
sierte Bande ober-schlesischer, vielfach von der Staats-
anwaltschaft gefugchten Gesinde, die ihren Sitz in der
Traugott-Kaserne in Sosnowice hat, und deren Tätig-
keit in der Ausführung von Morden und Raub-
überfällen in Oberschlesien besteht, wobei sie von
den polnischen Grenzposten häufig unterstützt werden.
Die Mitglieder der Tajna Bojowka erhalten für die
Beseitigung ungewisser deutscher Persönlichkeiten
erhebliche Prämien, außerdem feste Monatszulagen
bis zu mehreren tausend Mark. Seit Mitte Dezember
zeigen sich bewaffnete Trupps dieser Verbrecherbanden
fast in allen Städten des Abstimmungsgebietes.

Das offenbar auf authentischen Dokumenten be-
ruhende Beweismaterial der deutschen Regierung — es
handelt sich bei den Geheimanweisungen zumeist um
Kopien von geheimen, polnischen Militärbefehlen —
muß nun endlich auch den Alliierten über die pol-
nischen Putschabsichten in Oberschlesien die Augen öff-
nen. Um das Abstimmungsergebnis zu fälschen, schreden
die Polen vor einem Bruch des Versailler Vertrages
nicht zurück, und wenn die Entente nicht in letzter
Stunde die nötigen Gegenmaßnahmen trifft, um das
Schlimmste zu verhindern, dann bricht ein schreckliches
Unheil über das ober-schlesische Land herein.

Wahltag am 13. März?

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin erfährt,
soll in Paris für die Abstimmung in Oberschlesien
der 13. März in Aussicht genommen worden sein.

Die Kriegsverbrechen der Feinde.

„Schwer belastendes Material.“

Auf eine Anfrage im württembergischen Landtag
wegen der Aufstellung einer deutschen Gegenliste der
feindlichen Kriegsverbrechen erklärte Staatspräsident
von Pieber, er habe sich mit dem Auswärtigen Amt
über die Frage einer deutschen Gegenliste, wie sie von
weiten Kreisen gefordert werde, ins Benehmen gesetzt
und sei zu folgender Erklärung ermächtigt:

Das Material über Verbrechen, die im Kriege von
Angehörigen der gegnerischen Heere gegen Deutschland
begangen worden sind, ist von der Reichsregierung ge-
sammelt worden. Das Material ist für die Gegner sehr
belastend. Es wäre gewiß erwünscht, durch die Ver-
öffentlichung zu zeigen, über wieviel und schwere völler-
rechtliche Verletzungen, Grausamkeiten und Brutalitäten
wir uns zu beklagen haben. Es liegen jedoch besondere
Gründe vor, die eine Veröffentlichung zurzeit nicht ratsam
erscheinen lassen. Es kommt hinzu, daß unsere An-
fragen höchstwahrscheinlich ungehört verhallen wür-
den.

Ein Beleg dafür ist nach Ansicht der Regierung
in der Aufnahme zu finden, die die Schrift von Otto
Stallpogel „Die Wahrheit über die deutschen
Kriegsverbrechen“ gefunden habe. Herr von Stall-
pogel habe in diesem Buche die von ihm gesammelten
Nachrichten über Kriegsverbrechen der Gegner zusam-
mengefaßt. Diese Zusammenfassung bringe eine Reihe
empfindlicher Verbrechen, die den verschiedenen feind-
lichen Heeren zur Last fallen. Das Buch sei aber im
Uslande völlig unbeachtet geblieben.

Der deutsche Schweinebestand.

Die Folgen des Friedensvertrages.

Wie ungeheuer tief der Friedensvertrag von Ver-
sailles in das deutsche Wirtschaftsleben einschneidet,
zeigen auch die Forderungen an Schweinen. Der Krieg
hat natürlich einen ungeheuren Rückgang unseres
Bestandes an Schweinen herbeigeführt. Am 1. Dezem-
ber 1913 hatten wir in Deutschland 25 659 149 Stück
Schweine. Die Zahl sank während des Krieges so
tief, daß wir 1918 nur noch 5 Millionen 723 178
Stück besaßen. Seitdem besserte sich die Lage all-
mählich, so daß die Viehzählung am 1. März 1920
schon wieder die Zahl von 9 420 258 aufweisen konnte.
Auch die Auftriebszahlen an den einzel-
nen Märkten zeigen einen ungeheuren Rückgang der
Schweineproduktion. So wurden in der Zeit vom
18. Oktober bis 13. November 1920 in Breslau
678 Schweine aufgetrieben, während in dieselbe Zeit
des Jahres 1913 15 043 aufgetrieben wurden. In
Köln waren es 1920 2222, 1913 33 090, in Dres-
den 1920 947, 1913 19 354, in München wurden
im Jahre 1913 25 000 mehr aufgetrieben wie im Jahre
1920. Nachstehende Auftriebszahlen zu den einzel-
nen Markttagen zeigen uns das selbe traurige Bild. In
Essen trieb man 1920 täglich 60 Schweine auf, 1914
5337, in Leipzig 1920 187, 1914 3136. Diese Städte
bilden keine Ausnahmen, sondern sind für das ganz
deutsche Reich typisch. Der Rückgang fällt um so schwe-
rer ins Gewicht, als das Schlachtgewicht um 50
bis 30 v. H. gefallen ist, wie Minister Hermes in
einer Rede ausdrückte.

Wenn man diese Zahlen vergleicht, so kann man
erkennen, wie ungeheuer die Forderungen der Feinde
sind, zumal die angeforderten Mengen nicht etwa das
entsprechende Resultat, sondern eine vorläufig zu lie-
fernde Menge darstellen. Durch den Friedensvertrag
haben wir uns verpflichtet, alle Verluste, die die
Feinde an Schweinen erlitten haben, und zwar nach
ihrer eigenen Schätzung zu ersetzen. Als vorläufige
Zahl wurden gefordert 15 000 Mutter Schweine und 256
Buchtweiber. Die Forderung ist um so schwerwiegender,
als wir gerade diese Arten für den Wiederaufbau
unserer Schweinezucht am meisten gebrauchen. Betracht

bet m
der f
daß e
eine f
leben

ordnet
tion f
schleie

den
Gamb
reien

ber an
wird,
hört, u
um di
lediger
bruar
Gelege
Wahl

Die
des P
Bischof
des F
der St
der P
schen
Frei
Kirchen
spricht
tur in
Nutzen.
Betätig
und da

in Deu
wander
nicht g
angefü
Sonn
denen
zurück
wander
und G
keine G
schen U
Standp
der Aus
amtliche
bei der
in Frag

Besonder
stark be
benen
wird.
fung u
Mitteln
zu erwi

200 ent

So
der Rei
haben s
stimmun
teten f
und g

Der
ist vom
neuen
wird vo
das V
Finanze

Die Pol

Die Mi
gelassen
fragwür
auszuhl
Zücker
wander
Bergwer
müssen.

R

: De
reich aus
: D
wurz eing
oder der
gen auf
eingestellt

: De
Gewerliche
Eisenbahn
die Mitau
Tragung

: Gu
sind in
Unterstatu
Anfang

Frank

: 2
kande gef
Grund der
Walter
die Bezie
Bereinigun
erhält hat
eines Abi
präsidenten

set man alle die einzelnen Forderungen nebeneinander, so kann man sich des Eindruckes kaum erwehren, daß es weniger auf eine Wiedergutmachung als auf eine systematische Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens abgesehen ist.

Politische Rundschau.

Der frühere Reichsminister und Reichstagsabgeordneter Götze ist, nachdem die Interpellierte Kommission seine Vorträge zweimal verboten hatte, jetzt aus Ober-Schlesien ausgewiesen worden.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wählt den mehrheitssozialistischen Schulreformer Paulsen aus Hamburg mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien zum Oberstadtschulrat von Berlin.

Wahlferien des Reichstages. Der Reichstag, der am 19. Januar seine Arbeiten wieder aufnehmen wird, wird, wie man aus parlamentarischen Kreisen hört, voraussichtlich nur kurze Zeit zusammenbleiben, um die dringendsten gesetzgeberischen Arbeiten zu erledigen. Von Anfang Februar ab soll bis zum 26. Februar eine Pause eintreten, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, ihre Parteien im preussischen Wahlkampf zu unterstützen.

Der Papst an die Judoer Bischofskonferenz. Die „Germania“ veröffentlicht nunmehr die Antwort des Papstes auf das Eingriffensschreiben der Judoer Bischofskonferenz. Anknüpfend an die Gedankengänge des Judoer Schreibens, in dem an die Begnadigung der Stadt Rom vor 50 Jahren erinnert wird, betont der Papst die Notwendigkeit, „endlich dem römischen Papste jenen wirksamen Schutz der Freiheit zu gewähren“, den er seit dem Ende des Kirchenstaates zu entbehren glaubt. Weiterhin verspricht sich der Papst von der Errichtung der Runtatur in Berlin für Kirche und Staat ersprießlichen Nutzen. Er ermahnt schließlich zur wahren christlichen Betätigung, die am ehesten die Kriegsschäden zu heilen und den Haß zu beseitigen vermöchte.

Andersung des russischen Kommissars. Den in Deutschland sich aufhaltenden bolschewistischen Auswanderungskommissaren ist der weitere Aufenthalt nicht genehmigt worden. — In der Begründung wird angeführt, die Erfahrungen der im Juli 1920 nach Sowjetrußland ausgewanderten deutschen Arbeiter, von denen ein großer Teil inzwischen enttäuscht wieder zurückgekehrt sei, hätten gezeigt, daß den deutschen Auswanderern gegenwärtig in Rußland schwere Prüfungen und Entbehrungen bevorstünden. Rußland biete zurzeit keine Gewähr für ein gesichertes Fortkommen der deutschen Auswanderer. Unter diesen Umständen müsse vom Standpunkt der Auswandererfürsorge vorläufig vor der Auswanderung nach Rußland gewarnt werden; eine amtliche Förderung der Auswanderung dorthin könne bei der jetzigen Lage der russischen Verhältnisse nicht in Frage kommen.

Amnestie für Hölz gefordert! Im Vogtlande, besonders in Falkenstein und Dölsnitz, haben mehrere Hundert Arbeiterversammlungen stattgefunden, in denen Amnestie für Hölz und seine Genossen gefordert wird. In der in Dölsnitz angenommenen Entschließung wird erklärt, sie seien gewillt, zu den schärfsten Mitteln zu greifen, um die Freiheit ihrer Genossen zu erwirken.

Das endgültige Ergebnis der Eisenbahnerabstimmung. Von ungefähr 270 000 eingetragenen Mitgliedern der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten haben sich insgesamt 251 252 Mitglieder an der Abstimmung beteiligt; von den abgegebenen Stimmen lauteten für den Streik 205 210, also rund 81 Prozent, und gegen den Streik 39 879, also 15,3 Prozent.

Beret Ministerpräsident!

Der bisherige Kammerpräsident Raoul Beret ist vom Präsidenten Millerand mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden. Wie verlautet, wird Beret dem früheren Ministerpräsidenten Briand das Portefeuille des Außeren und Poincare das der Finanzen antragen.

Die Polen plündern einen deutschen Auswandererzug. Die „Deutsche Rundschau“ meldet aus Bromberg: Als Mittwochs früh der deutsche Auswandererzug abgefahren werden sollte, fanden sich auf dem Bahnsteig fruchtbarliche Leute ein, um die Reisenden regelrecht auszuplündern. Es wurden Briefsäcke, Handtaschen, Bücher, Plakate, Geld und auch Personal- und Auswandererpapiere gestohlen. Es war ein Jammer, die Verurteilung der armen Ausgeraubten mit ansehen zu müssen.

Rundschau im Auslande.

Der Wiener Poststreik hat sich auf ganz Oesterreich ausgebreitet.

Die tschechische Regierung hat einen Besetzungsbefehl erlassen, demzufolge wegen Verbrechen des Widerstandes gegen die Justizverwaltung in Strafverhandlungen auf die Dauer von einem Monat bis zu einem Jahr eingetellt werden.

Das Pariser Strafgericht hat den Allgemeinen Gewerkschaftsbund (G. G. T.) wegen seiner Haltung im Eisenbahnerstreik für aufgelöst erklärt. Forderung und die Mitangeklagten wurden zu je 100 Franken Buße und Tragung der Kosten verurteilt.

Hundert Soldaten und Offiziere der Armee Brangel sind in die französische Fremdenlegion eingetreten. Die Unterhaltung der Brangeltruppen wird von Frankreich mit Anfang Februar eingestellt.

Frankreich: Noch keine Lösung der Kabinettskrise.

Wie jetzt ist die neue Kabinettsbildung noch nicht zu Lande gekommen. Drei Namen stehen weiter im Vordergrund der Erwägung, der Beret, Poincares und Vivianis. Allgemein wird jedoch ein Kabinett Beret erwartet. Ein Ministerium Poincare würde nach Ansicht maßgebender Kreise die Beziehungen Frankreichs zu England, Italien und den Vereinigten Staaten merklich abkühlen. Auch Briand soll erklärt haben, daß er unter keinen Umständen Mitglied eines Kabinetts unter Poincare sein wolle. Briand sollen persönliche Gründe verhindern, den Posten des Ministerpräsidenten zu übernehmen. — Leon Bourgeois ist zum

Senatspräsidenten wiedergewählt worden. In seiner Amtstretende wies Bourgeois auf die schwere finanzielle Lage Frankreichs hin. Von dem Budget von 44 Milliarden seien nur etwa 20 Milliarden aus normalen Einnahmequellen gedeckt. Für 16½ Milliarden (!) rechnet man auf die Leistungen Deutschlands. Aber bisher seien nur unbedeutende Summen gezahlt worden. Frankreich müsse die strikte Durchführung des Vertrages und die den vertriebenen Gebieten zu gewöhnliche Reparation verlangen. Frankreich wolle nicht an seinen Verbündeten. Aber man müsse es verstehen, ihnen deutlich auseinanderzusetzen, was Frankreich wolle und was es nicht wolle. Die Interessen gingen in verschiedenen Punkten auseinander, und diese Punkte müßten offen besprochen werden.

Frankreich: Belgisch-französische Geschäfte mit Spas-Kohlen.

Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet, verkauft die belgische Regierung den belgischen Händlern die deutsche Kohle mit einem Gewinn von rund 84 Franken pro Tonne. In Frankreich liegen die Dinge genau so. Man denkt dort sogar daran, unter Umständen eine Einschränkung der Förderung in den französischen Gruben in Betracht zu ziehen. Während nämlich der gesamte französische Kohlenverbrauch im Jahre 1912 nur 64 Millionen Tonnen betragen habe, ergebe sich jetzt neben einer Einfuhr von rund 2,8 Millionen Tonnen (hauptsächlich deutscher Kohle) eine eigene Förderung von monatlich rund 1,65 Millionen, so daß sich im Monat 4,45 Millionen Tonnen oder jährlich 53,4 Millionen Tonnen ergeben. — Daß in Frankreich allen Abzugsversuchen zum Trotz Kohlenüberschuß herrscht, ergibt sich auch aus einer Meldung des „Temps“, daß von Mitte Januar ab die Kohlensteuern für den Hausbrand in Wegfall kommt.

Rußland: Seegerichte im Schwarzen Meer.

Nach einer Japansmeldung hat ein Torpedobootsgerührer einer alliierten Macht im Schwarzen Meer mit einer Sowjetflotille, die angeblich Truppen nach Trapezunt bringen sollte, einen Zusammenstoß gehabt. Ein Schiff der Bolschewisten sei gesunken. Die Sowjetflotille seien bald zum Schweigen gebracht worden. — Eine weitere Japansmeldung aus Konstantinopel stellt den Japansen im Schwarzen Meer so dar, daß das französische Torpedoboot „Catalane“ bei Noworossisk von einem bolschewistischen Dampfer angegriffen worden sei. Das Torpedoboot habe das Feuer erwidert und einen Treffer auf dem Dampfer erzielt, der an der Küste strandete.

Aus Stadt und Land.

Haubmord. Seit Ende Dezember wurde in Oberzell im Kreise Schlichtern der 65-jährige Acker-Jahr vernichtet. Wie aus Hanaun berichtet wird, wurde am letzten Montag seine Leiche aus einer tiefen Stelle eines kleinen Nebenflusses der Kinzig mit einem schwedischen Stein um den Leib gebunden gefischt. Die Leiche, die nur mit einer Hose begleitet war, wies mehrere von äußeren Einwirkungen herrührende Kopfverletzungen auf. Auch fehlte eine größere Geldsumme, die der Tote bei sich führte. Unter dem Verdacht des Raubmordes wurden der 28-jährige Sohn des Ermordeten und ein Arbeiter aus Weihersbach in Untersuchungshaft genommen.

Gewinnbeteiligung von Angestellten und Arbeitern. Das große anhaltische Dampfmaschinenwerk Eberius u. Bernstein zwischen Alten und Kleinahnau beschloß aus eigenem Antrieb zum Zwecke der Hebung der Produktion und Arbeitsfreudigkeit die Gewinnbeteiligung seiner Angestellten und Arbeiter. 50 Prozent des Gewinnes werden zu Rückstellungen, Amortisation und Verzinsung des Anlagekapitals mit 4 Prozent, sowie doppelten Befoldung der beiden Direktoren verwendet, 50 Prozent zur Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten.

Kein Karneval in Wiesbaden. Der Polizeibericht teilt mit: Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die allgemeinen drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse hat der Regierungspräsident Wiesbadens in den Monaten Januar und Februar im ganzen Regierungsbezirk alle öffentlichen karnevalistischen Veranstaltungen, Maskenbälle, Kostümfeste usw. verboten.

Kirchenraub. In Altdorf bei Essen drangen drei Strolche mit schwarzen Masken in das katholische Pfarrhaus ein und raubten, indem sie den Pfarrer mit vorgehaltenem Revolver bedrohten, eine Monstranz, einen Wehlsch, 2000 Mark bares Geld und 19 Flaschen Rotwein. Vor Ausfuhrung des Raubes hatten die Räuber die Fernleitung durchgeschnitten, um eine Veranfrachtung der Polizei unmöglich zu machen.

Razzia im Gerichtssaal. In einer Frankfurter Strafkammer besetzten Kriminalbeamte den Zuhörerraum, als ein Einbruch aus der Altstadt zur Verhandlung kommen sollte. Ein Teil der Zuhörer wollte flüchten, wurde jedoch daran gehindert. Der Erfolg der Razzia im Gerichtssaal war, daß mehr als 25 Männer und Frauen festgenommen wurden. Die einen konnten sich nicht ausweisen, die anderen sind schriftlich verurteilt.

Vier italienische Provinzen ohne Elektrizität. Wie aus Mailand gemeldet wird, haben die Arbeiter der größten italienischen Elektrizitätswerke Adamello im Camonicaal in den Mühseligen Alpen plötzlich die Arbeit eingestellt und die Anlagen selbst schwer beschädigt, wodurch die Provinzen Brescia, Parma, Piacenza und Cremona ohne elektrische Kraft sind. Zahlreiche Fabriken mußten schließen.

Alte Nachrichten.

Der Zustand der Kaiserin hat sich wesentlich verbessert. Der Leibarzt befürchtet ein nahes Ableben.

In der 58. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde mitgeteilt, daß Frankfurt mit einem Jahreseinkommen von 36 000 bis 46 000 Mark Armenunterstützung besteuert.

Bei einem Zugzusammenstoß im Anhalter Bahnhof in Berlin wurden 12 Personen verletzt.

Gerichtssaal.

Verurteilung wegen Landfriedensbruchs. In der Hauptverhandlung wegen Landfriedensbruchs wurden, wie aus der Zeitung gemeldet wird, 24 Angeklagte, die sich im April 1919 in Hohenwerda bei den Lebensmittelräubereien zusammengedrängt und den dortigen Landrat Dr. Gegenfeldt mißhandelt hatten, zu zwei bis neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Volkswirtschaftliches.

Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. In Deutschland hat den Preisrückgang in letzter Woche weitere Fortschritte gemacht, besonders bei Hülserbschichten. Die Geschäftslage in Mais hat sich merklich geändert. Denn an den Einfuhrhäfen sind jetzt Waggons von der Eisenbahnbehörde in genügender Menge gestellt worden, sodaß die rückständigen Dezemberkontrakte erfüllt werden konnten, und die Januarlieferungen in Zug genommen sind. Dadurch wurde die Nachfrage für schnelle Abladung ohne Nachfrist geringer und die Aufgehender, die hierfür hätten bezahlt werden müssen, liegen beträchtlich nach. Die argentinischen Maisforderungen bleiben für neue Anläufe zu hoch, da diesseits die zweite Hand fortwährend billiger in Markt blieb. Ueberdies machten die stärker herantretenden Angebote von nordamerikanischen Mixed-Mais die Importeure noch vorsichtiger als vorher, da die Preisforderungen hierfür wesentlich niedriger als die für argentinischen Mais lauteten. Trotzdem ist für den Mixed-Mais vorläufig noch keine Kaufneigung vorhanden, denn der Mais der Vereinigten Staaten ist bei so früher Verladung oft für den Transport unhaltbar und droht dem Importeur in solchem Falle mit ernstlichen Verlusten.

Für Freigabe der Tabakeinfuhr. Der wirtschaftspolitische Ausschuss hat auf Verlangen, ob einem Antrage des Tabakgewerbes stattzugeben ist, der auf Beseitigung aller Bewirtschaftungs- und Einfuhrbeschränkungen gerichtet ist, sein Gutachten dahin abgegeben, daß die freie Einfuhr von Rohtabaken zuzulassen und die Beseitigung der Arbeiterkontingentierung und Aufhebung aller zwangsirtschaftlichen Organisationen der Tabakindustrie, einschließlich der Aussenhandelsstelle, vom 1. Juli an vorzunehmen ist.

Lokales.

Auszahlung rückständiger Löhne der Heimkehrer aus England. Von der englischen Regierung sind diesen über 43 000 englische Pfunde eingegangen. Diese Summe umfaßt rückständige Arbeitslöhne der in englischer Hand und auf englischem Boden in Kriegsgefangenschaft gewesenen Heimkehrer. Die Zweigstelle der Generalkriegslasse, Berlin SW 19, Unterwasserstraße Nr. 7, ist angewiesen, die Einzelbeträge an die Empfangsberechtigten zu zahlen. Den Heimgekehrten sind von der englischen Regierung Guthabenscheine über einen bestimmten Betrag lautend ausgehändigt worden. Diese Scheine werden von der genannten Zweigstelle zur Abrechnung benötigt. Von England ist ferner ein Barbetrag von rund 120 000 Mark nebst zugehörigen Zinsen eingegangen. Diese Summe entfällt Post- und Geld, mit deren Auszahlung die genannte Zweigstelle ebenfalls beauftragt ist. Die Auszahlung hat bereits begonnen.

Anzahlungen auf die Umsatsteuer. Von der Regierung wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Anzahlungen auf noch nicht fällig gewordene Umsatsteuer vom Tage der Einzahlung beim Umsatsteueramte ab bis zum Ablauf des dritten Monats des Steuerabschnitts, somit erstmalig bis 31. März 1921, vom Reich mit 5 Proz. verzinst werden. Die Zinsvergütung ist darüber hinaus auf 6 Proz. festgesetzt worden für Anzahlungen, die bis zum 31. Januar geleistet werden. Es liegt im Interesse der Steuerpflichtigen, von dieser weitgehenden Vergünstigung Gebrauch zu machen.

„Wer gleich bezahlt, vergißt es nicht“ — lautet eine bekannte sprichwörtliche Redensart, die man häufig im Scherz gebrauchen hört, die aber einen ersten beherrigenden Kern hat. Es ist derselbe, der in dem Sprichworte steht: „Vorgen macht Sorgen“, oder ähnlichen, die vor dem Vorgen und Schuldensmachen warnen. Man kann etwas wider Willen vergessen, doch ist das Vergessen nicht selten auch ein absichtliches. Bei einer Schuld bezweckt es in letzterem Falle, daß diese in Vergessenheit geraten soll. Aus dem „Vergessen“ wird ja nur zu oft ein rechtliches Verjährten, aus das der Gläubiger, der seine Ansprüche zu spät geltend macht, dann zu seinem Leidwesen hingewiesen wird. Zahllose Forderungen werden durch Verjährung hinfällig. Wer sich gegen Verluste schützen will, besteht auf Barzahlung oder ist beim Kreditgeben wenigstens auf seinen Hut. In den heutigen Zeiten ist das Kreditgeben allgemein aus der Mode gekommen. Diese oder jene Ausnahmen bestätigen nur die Regel. „Wer gleich bezahlt, vergißt es nicht!“ Mancher Hausvater denkt es und tragt sich hinterm Ohr, prüft er die Rechnungen, die ihm zu Jahresanfang ins Haus flattern. Jetzt wäre es ihm doch lieber, wenn gleich alles bar bezahlt worden wäre. Am Jahresanfang gibt es nur Anhänger des Barzahlungsprinzips, und man nimmt sich vor, im neuen Jahr danach zu handeln. Wer das wirklich will, der möge den Entschluß alsbald durch die Tat krönen. Er vermag es, indem er die Rechnungen nicht zu lange prüft und nicht zu oft wieder beseite legt, sondern sie schnellstens bezahlt. Auf diese Weise wird verhindert, daß auch die Rechnungen vergessen werden und Mahnungen an ihre Existenz erinnern müssen. Der Kaufmann, der Handwerker, die die Rechnungen aufschreiben, sie haben ebenfalls Verpflichtungen, denen sie gerecht werden wollen, und es ist ein Unrecht, sie zum Takt für die Kreditgenährung ungehörlich auf ihr Geld warten zu lassen. Wer gleich bezahlt, vergißt es nicht — das Rechnungsbuch!

Scherz und Ernst.

Selbstmord von Tieren. Unter dieser Ueberschrift gehen häufig Meldungen durch die Zeitungen, nach denen der freiwillige Tod bei Tieren gar nicht selten sein soll. So wird u. a. von einem Hund berichtet, der seinem Herrn während der französischen Revolution auf das Schafot folgte und sich dann mit dem Belohnung zusammen verscharrte ließ. Auch von einer Katze weiß man zu erzählen, die nach dem Tode ihres Besitzers und Pflegers jede Nahrung verweigerte und schließlich auf dem Grabe desselben tot aufgefunden wurde. Ferner heißt es, daß Tiere nach dem Tode ihres Mannchens oder Weibchens keine Nahrung mehr zu sich nehmen oder daß Gazellen, wenn sie alt und schwach werden, ihre Herde verlassen, in

die Einsamkeit flüchten und hier den Hungertod suchen. Alle diese Tatsachen führen bis auf einen Punkt: die Freiwilligkeit des Todes. Jedenfalls handelt es sich keinesfalls um Selbstmord im dem Sinne, welchen wir bei Menschen mit dem Begriff verbinden. Denn alle hier gemeldeten Handlungen sind nicht die Folge eines freien, sich der Wirkung bewußten Entschlusses, sondern einfach die Wirkungen der Anhänglichkeit, des Grams und der Krankheit. Die Anhänglichkeit mancher Tiere an ihre Herren oder ihre unzertrennlichen Gefährten geht eben so weit, daß sie nach deren Verlust aus Stummer keine Nahrung mehr zu sich nehmen. Das beruht aber auf der auch bei vielen Menschen beobachteten Eigentümlichkeit, daß ihre Tätigkeit, zu essen und zu trinken, sofort aufhört, wenn sie sich aufgeregt oder gedregert haben oder wenn sie irgend einen Schmerz empfinden. Sie können nicht, ersticken sie auf alles Fressen, die Speise wendet sie an, und die Kehle ist ihnen wie zugeschnitten. Dazu kommt noch, daß die meisten dieser Tiere ja gar nicht wissen, daß sie auf diese Weise ihren Tod herbeiführen. Ebenfalls wenig wußte dies der Hund, der nicht von der Person seines Herrn weichen wollte, und diese Wissenschaft ist doch wohl die notwendige Voraussetzung eines Selbstmordes. Nicht bloß die Gazelle, sondern auch andere Tiere — vor allem viele Vögel — verlassen, wenn sie sich krank und hilflos fühlen, ihre Gefährten, aber nicht, um in der Einsamkeit einen freiwilligen Hungertod zu suchen, sondern weil Kranke und Sterbende überhaupt das Bedürfnis nach Einsamkeit und Ruhe empfinden. Es handelt sich also in allen diesen Fällen um Wirkungen, die ein bestimmter Zustand der Tiere notwendig mit sich bringt, keinesfalls aber um absichtliche, mit dem Bewußtsein der eintretenden Folgen vorgenommene Handlungen.

Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Rauff.
(87. Fortsetzung.)

Wußte sie auch, daß die Großmutter immer auf sanfter Höhe gestanden, von der es ihr Liebesknecht des Rinderbergs stets kalt angelehnt hatte, so war sie doch nie im Zweifel gewesen, daß dieses gutdäufelnde

Etwas einzig der Sittenstrenge und der Erhabenheit der stolzen Frauenseele entsprungen sei... Und nun sollte die Berggöttin unheimlich gewesen sein!

Frau von Herbed irrte schwer, wenn sie glaubte mit ihren Enthüllungen das altgewohnte Fahrwasser wieder erlangt zu haben; sie hatte unvorsichtig genug den Hauber selbst gedrohen, den die junge Seele bis dahin unterworfen gewesen war.

Die braunen Augen des jungen Mädchens sahen wohl erloschen, aber mit tiefem Ernst in das Gesicht der Gouvernante.

Frau von Herbed. Sie konnten vorhin den Brand im Dorfe ein Strafgericht Gottes, sagte sie. „Das Haus dort steht aber noch,“ — sie zeigte nach dem Schlosse — „in dem Jahrhundert hindurch ein so grausames Unrecht geschehen ist. Der liebe Gott hat es anders gemeint, als Sie sagen — er hat nicht strafen, sondern segnen wollen. Die elenden Häuser mußten niederbrennen, damit es endlich besser werden konnte für die armen Unterdrückten!“

Die Beschleherin kam eilig vom Schlosse her. „Schließen Sie sogleich die Räume im Erdgeschos des linken Flügels auf!“ befahl Gisela.

„Rein Gott, gnädige Gräfin, wollen Sie trotz aller Vorstellungen Ernst machen?“ rief der Medizinalrat — der würdige Vermittler zwischen Leben und Tod zitterte innerlich vor Horn, aber er beherrschte sich doch, während Frau von Herbed, sprachlos vor Erbitterung, unerschrocken an ihrem Taschentuch rief und geriet. „So hören Sie wenigstens auf einen vernünftigen Rat!“ befahl er die junge Dame. „Bringen Sie die Beute nicht ins Schloß selbst — das geht ein für allemal nicht! Ich schlage Ihnen den Pavillon dort drüben vor — er ist geräumig.“

„Sie haben wohl vergessen,“ fiel ihm Gisela ein. „dass Sie sich gestern erst weigerten, auch nur für einige Augenblicke in diesen Pavillon einzutreten, weil die feuchte Luft äußerst nachteilig auf Ihr rheumatisches Leiden wirkte? Sie sagten, der Raum sei höchst ungesund.“

„Ja, das Wasser läuft von den Wänden,“ bestätigte die Beschleherin, unbekümmert um den Wackelbild des Doktors. „Auf den Möbeln sitzt der dicke Moder.“ (Fortsetzung folgt.)

Bauren. Zum Raubmord bei Kleinwella wird gemeldet, daß nunmehr auch der fünfte und letzte der in der Tracht kommenden Räuber, der Arbeiter Max Barthele, hinter Schloß und Riegel sitzt, nachdem bereits im Dezember seine vier Komplizen festgesetzt werden konnten. Barthele hat sich vor einigen Tagen der hiesigen Polizei selbst gestellt, die ihn der Staatsanwaltschaft übergab.

Sachsen-Erntthal. Die hiesigen Stadtverordneten genehmigten die Einführung einer Klaviersteuer, die Erhöhung der Hundesteuer, lehnten aber die Grammophonsteuer ab.

Böden. Bei einem Einbruch in das der Freistadt von Selva gehörige Schloß sehr bei Weitenfeld erbeuteten Diebe Silbergeschmeide, gezeichnet mit dem Wappen derer von Selva und von Wintin, mit den Buchstaben S. B. und einer Krone, sowie ein Diadem mit Perlen und Brillanten im Werte von über 100 000 M. Auf die Ergreifung der Diebe ist eine Belohnung von 3000 M. gesetzt worden.

Entente-Willkür in Oberschlesien. Der frühere Reichsminister Gatheln, der in Oberschlesien verschiedene Posten hatte, aber dazu nicht die Erlaubnis erhielt, ist nunmehr von der interalliierten Kommission in Oppeln aus Oberschlesien ausgewiesen worden.

Erhöhte Kohlenforderungen der Entente. Die deutsche Kriegskohlen-Kommission in Paris bestätigt der Wiedergutmachungskommission ihren Brief vom 27. 12., worin letztere gefordert hatte, daß Deutschland vom 1. Febr. ab 2 200 000 Tonnen und außerdem in den Monaten Februar und März 500 000 Tonnen als Ersatz für die in den letzten 6 Monaten nicht gelieferte Kohle den Alliierten zu stellen habe. Die Kommission erklärt, daß die deutsche Regierung die Aufforderung der Wiedergutmachungskommission nicht als eine Vereinbarung, sondern als eine Forderung dieser Kommission mit Rücksicht auf den Verfall der Vertrag betrachten müsse. Die deutsche Regierung sagt hinzu, daß sie sich unter diesen Umständen vorbehalten, der Wiedergutmachungskommission einen Bericht vorzulegen, der die wirtschaftlichen Folgen aus den Kohlenlieferungen darstellt. Sie wurde sich bemühen, dieses Projekt der Wiedergutmachungskommission nach besten Kräften zu erfüllen.

Geschäfts-Übergabe und -Übernahme

Der geehrten Bewohnerschaft von **Obercarsdorf und Umgebung** hiermit zu Kenntnis, daß wir unser **Gasthaus zur Schmiede**

mit Materialwarenhandlung mit dem heutigen Tage an unseren Schwiegersohn Herrn Albin Weinhold übergeben haben. Für das uns entgegengebrachte Wohlwollen bestens dankend sprechen wir zugleich die Bitte aus, selbigen auch auf unseren Schwiegersohn übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Michael Hermann und Frau.**

Auf obiges Bezugnehmend gebe ich den geehrten Bewohnern von Obercarsdorf und Umgebung hiermit bekannt, daß ich am heutigen Tage das meinem Schwiegervater gehörende Gasthaus zur Schmiede mit Materialwarenhandlung übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein die mich besuchenden Gäste und Kunden aufs Beste zu bedienen.

Obercarsdorf, den 15. Januar 1921. Mit vorzüglicher Hochachtung **Alwin Weinhold und Frau.**

Herrenstiefel Rindbox 145 Mark

Arthurs Braband, Wassergasse 56. Besichtigen Sie den Artikel

Sehr gut nähende gebrauchte Nähmaschine sowie ein sehr schönes Damenrad mit neuem Gummi empfiehlt billigst **Dippoldiswalde, Hermann Voigt.** Gerberplatz 218. — Telef. 221.

Mädchen, welches das Maschinenstricken lernen will, wird für dauernde Arbeit und guten Lohn bei **Hermann Rothe** gesucht. Auch werden Strümpfe wieder mit Maschine angefertigt.

Hausbackofen (transportabel) und 1 Paar neue **Langschafstiefel** zu verkaufen. Waldidylle bei Obercarsdorf.

Heute abend **frische Würst.** Hugo Hilmann.

Ein Seltenshafterer gesucht für hochschäumende **Toppel-Miegel** zu 3,40 M. Probefischen zu 50 Doppelriegel vollständig portofrei gegen Nachnahme. Seltenshafter Chemnitz 3, Schleichbach 363.

Trauerdrucken bedruckt schnell die Buchdruckerei Carl Jehne in Dippoldiswalde

Kalk **Rehmziegel** **Brektorf** empfiehlt **Richard Pirgich.**

Bestellungen auf **Düngekalk** und frühe **Saatkartoffeln** (blaue Obensalber) nimmt entgegen **Paul Lohg, Schmiedeburg.** Tel. 38.

Eisefarben liefert die Buchdruckerei von Carl Jehne in Dippoldiswalde

Tanzpalast zur „Talsperre Malter“.

Sonntag, 16. Januar **großes Rosen-Ballfest.** 8000 Rosen und Blüten. Verstärkte Kapelle. Anfang 4 Uhr. **Tischbestellung durch Fernsprecher 32 erbeten!** Hierzu ladet ergebenst ein **M. Schmieder.**

Gasthof Berreuth. Sonntag den 16. Januar **starkbesetzte Ballmusik** Hierzu laden freundlich ein **Bruno Peschel und Frau.**

Gasthof Ruppendorf. Sonntag den 9. Januar **feine Ballmusik.** Es ladet freundlich ein **Rudolf Schneider.** Fernruf 176.

Gasthof Hirschbach. Sonntag den 16. Januar **feine Ballmusik,** wozu freundlich einladet **Lohg.**

Brivil. Schützengesellschaft. Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich an der morgen vormittag 9 Uhr stattfindenden feierlichen Gedenkfeyer zur Erinnerung an die vor 50 Jahren erfolgte Wiedererrichtung des Deutschen Reiches zu beteiligen. Das Kommando.

Militärverein Dippoldiswalde. Hierdurch bitten wir unsere Mitglieder an der anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Deutschen Reiches stattfindenden feierlichen Gedenkfeyer am Sonntag den 16. Januar vormittags 9 Uhr zahlreich teilzunehmen. Der Vorstand.

Den geehrten Bewohnern von Dippoldiswalde und Umgebung die ergebenste Mitteilung, daß ich die **Dampfärberei und chem. Waschanstalt** von Herrn Franz Zeidler übernommen habe. Ich werde stets bemüht sein, den Betrieb in gleicher Weise wie Herr Zeidler weiterzuführen. Alle, die mich mit wertigen Aufträgen beehren, werde ich in bester Ausführung bei billiger Preisberechnung bedienen. Mit der höchsten Bitte, mir Ihr Vertrauen und Wohlwollen zu schenken, zeichnet **hochachtungsvoll**

Franz Zeidlers Nachf. Theodor Kunst.

Für die uns anlässlich unserer **Verlobung** erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir hierdurch zugleich im Namen unserer lieben Eltern herzlichsten Dank **Dippoldiswalde, Januar 1921** **Elisabeth Pietzsch Kurt Hilliger**

Für die uns zu unserer **Vermählung** in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche, Aufmerksamkeit und Geschenke sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank. **Obercarsdorf, den 12. Januar 1921.** **Albin Weinhold u. Frau Margarete geb. Hermann.**

Für die uns anlässlich unseres Hochzeitstages erwiesenen Ehrungen und lieben Aufmerksamkeit sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank. **Reinhardtstr. 11, den 11. Januar 1921.** **Oswald Waltherr und Frau Frieda, geb. Heinrich.**

Perfekte Stenotypistin bei guter Bezahlung sofort gesucht. **Armaturenwerke Blanke & Rast.**

Für die wohlwollenden Beweise herzlichster liebevoller Teilnahme sowie für den überaus reichlichen Blumenerschmuck beim Beimgange unseres heißgeliebten Jungen **Willy Harry Gleisberg** sagen wir allen unsern aufrichtigen Dank. **Dippoldiswalde.** Die tieftrauernden Eltern und Schwester.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 13

Sonntag den 16. Januar 1921

87. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen.

Sparkasse der Stadtgemeinde Dippoldiswalde.

Umsatz 1919: 45 000 000 Mark.
Geschäftsjahr wie bei der Sparkasse. 3% Zinsen bei täglicher Verrechnung.
Ausführung von Nebenscheinungen in jeder Höhe.
Keine Kosten. Keine Spesen.
Vermittlung von Ein- und Verkäufen von Wertpapieren.
Kostenlose Eingehung von Schecks.
Gemeindeverbandsgroßkonto Nr. 20. Postkch.-Konto Leipzig Nr. 113 217.
Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

Gemeinde-Verbands-Sparkasse Schmiedeberg

Montags bis Freitags vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr,
an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr
nachmittags geöffnet.
Die Einlagen werden vom Tage nach der Einzahlung bis zum
Tage vor der Rückzahlung verzinst.
Bewahrung und Verwaltung mündelsicherer Wertpapiere.
Gemeindegroß-Konto Nr. 2. Postkch.-Konto Leipzig Nr. 27040.
Fernsprech-Anschluß Nr. 27 Amt Ripsdorf.
Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen ist die Sparkasse
Vermittlungsstelle für Lebens- und Rentenversicherungen.

Sprechsaal.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Heraus aus der Kirche!

Religion ist Privatsache! — So hat man Euch jahrelang vorgepredigt. Jetzt aber erwidert bei den Feinden der Kirche auf einmal die Lösung: Kirchenaustritt ist Parteiliche! Keiner soll in der Partei mitreden dürfen, der nicht aus der Kirche austritt. In den Fabriken laufen Agitatoren umher, welche die Arbeiter zum Kirchenaustritt zwingen wollen.

Warum soll denn der einzelne nicht mehr denken und glauben können, was er will?

Warum will man Euch auch noch in diese persönlichen Angelegenheiten hineinreden? Manche Kirchenaustrittsbegehren sagen es offen: „Weil wir nach neuen Mitteln suchen müssen, um in unserer Bewegung vorwärts zu kommen.“ Also die Religionsfrage nicht Privatsache, sondern ein neuer Vorwand vor den Parteiwagen! Braucht die Partei wirklich einen solchen Vorwand? Dann muß es schlecht um sie stehen!

Wie hat man immer geweltet über den Zwang in religiösen Dingen. Wir fragen: Wo ist mehr Zwang und Unfreiheit, in der Kirche oder bei den Kirchenfeinden?

Man weißt die Feindschaften gegen die Kirche auf indem man ruft: Wo war die Kirche im Krieg? Warum hat sie den Krieg nicht verhindert?

Wir fragen: Hat denn der Sozialismus den Krieg verhindert? Haben nicht im Verlauf des Krieges der Papst Rom und die Vertreter der evangelischen Kirche in Stockholm Entschuldigungen gegen die weitere Fortdauer des Krieges gesagt, genau so, wie es die sozialistischen Vertreter verschiedener Länder in Stockholm taten? Haben Sozialisten und Christen damit ihr Ziel erreicht? Werden Kriege überhaupt durch Entschuldigungen verhindert oder entschieden? Warum haben die angeblich so friedliebenden Kirchenfeinde dem bolschewistischen Rußland zugejubelt, solange es siegreich war?

Immer wieder hält man der Kirche seine Glaubensverletzungen und Exorzismen vor, die einst in fernem Jahrhunderten geschehen sind, und die unsere evangelische Kirche schon längst aufs schärfste verworfen hat.

Wir fragen: Haben die proletarischen Freidenker und die anderen Kirchengegner gegen die neuesten blutigen Christenverfolgungen in Rußland und in Ungarn protestiert?

Noch immer wird in den Auswärts-Veranstaltungen der alle Väterkinder hervorgehoben: die Kirche sei ein Hüter des Staates. Dabei heißt es klipp und klar in Artikel 137 der Reichsverfassung: „Es besteht keine Staatskirche.“ Die Kirche denkt nicht daran, wieder unter die Vormundschaft des Staates zurückzulehren, und gibt sich ihre eigene Verfassung.

Man sagt, die Kirche sei reich und halte es mit dem Kapitalismus. — Wie kommt es dazu, daß die Kirche gegenwärtig in solchen finanziellen Schwierigkeiten steht? Solange der Staat der Kirche zuzuschützte, was er ihr einst genommen hat, konnte sie die gesammelten und gestifteten Gelder benutzen für die zahlreichen Wohltätigkeiten, die sie ausübte. Die evangelische Kirche Deutschlands hat jährlich Hunderte von Millionen Mark, die ihr aus freiwilligen Gaben gestiftet worden sind, für die Diakonissenhäuser, Krüppelheime, Stiefkinderhäuser, Unterhaltungen, Bekleidungen, Speisungen usw. verwendet. Rührt man die Kirche vor, dann hat das Volk, dann haben wir alle den größten Schaden davon.

Wozu benutzen die „proletarischen Freidenker“ die Gelder, die sie sammeln? Etwa zu Werken der Liebe? Nein, zu Werken des Hasses, um durch ihre Feinde gegen Religion, Christentum und Kirche noch mehr Zwietracht in die Familien, Gemeinden und das ganze Volk zu säen.

Und wie halten es die Kirchenfeinde mit der Wahrhaftigkeit? Dafür gibt es ein bezeichnendes Beispiel: die eigenartige Statistik, die wir in ihren Flugblättern finden. „Wo sind die meisten Straffälligen?“ so heißt es in einem dieser Blätter. Darauf wird dann die Antwort gegeben: „Auf 100 000 Menschen kamen im Jahre 1910 1443 Katholiken, 1128 Juden, 1094 Evangelische mit den Strafgesetzen in Konflikt, aber nur 561, die sich von Religion und Kirche losgelöst hatten.“ Wer sind denn aber diese 561 in Wirklichkeit? In der betreffenden amtlichen Zusammenstellung, die in der Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes 1912 abgedruckt wurde, heißt es genau: „561 andere Christen“, d. h. besonders strenggläubige Christen, Altkatholiken, Mitglieder der Sekten usw. Daraus machen die proletarischen Freidenker aber im Handumdrehen Religionslose. Ja noch schlimmer: Warum unterzeichnen denn die proletarischen Freidenker die letzte Zeile der Statistik? Weil es dort nämlich weiter heißt: „3063 Religionslose!“ Also annähernd dreimal so groß ist die Straffälligkeit bei den Religionslosen,

als bei den Evangelischen! Allerdings eine unbequeme Wahrheit!

Und nun fragen wir: Warum diese Verdrehung und Verschönerung der Tatsachen, die man auf der Gegenseite sicher als plumpen Schwindel bezeichnen hätte?

Wo sind die meisten Selbstmörder? Nach den Veröffentlichungen von Dr. Redefeld in den Mitteilungen des Sächsischen Statistischen Landesamtes gab es bei den Religionslosen in Deutschland 20mal mehr Selbstmörder als bei den Evangelischen, 600mal mehr als bei den kleinen christlichen Gemeinschaften!

Warum wollen die Frauen beim Kirchenaustritt nicht mitmachen? Weil sie als die bezugslosesten Erzieharrinnen der Kinder wissen, was der französische Sozialist Alford sagte: „Ohne Gott gibt es keine Moral!“, wolle sie edeliche Treue haben wollen, wie das Christentum sie fordert, wolle sie bei jeder Geburt erfahren, wie ihr Leben von Gott abhängt, wolle sie wissen, daß es keine rechte Kindererziehung gibt ohne Religion und Christentum, ohne christliche Jugendunterweisung.

Wo ist mehr Liebe, Friede und Freude — dort wo man predigt: „Wir haben lange genug geliebt wir wollen endlich hassen.“ Oder wo es nach dem alten Hauspruch geht: „Wo Glaube da Liebe, wo Liebe da Gott, wo Gott keine Not?“

Wie will man die soziale Gerechtigkeit in die Welt hineinpflanzen ohne die Religion der Liebe? Der englische Sozialist Martens rief den deutschen Arbeiterdelegierten zu: „Eine so starke und mächtige Bewegung wie die deutsche Sozialdemokratie darf die Religion Christi nicht verleugnen, wenn sie auf dauernden Einfluß auf das Volk in Anspruch nehmen will. Wo der Haß ist, kann nichts Gutes gedeihen, wo aber die Liebe ist, die Jesus predigt, da müssen die Menschen besser werden.“

Ist das nicht auch die Meinung der Christen, die den sozialistischen Parteien angehören? Bleiben sie nicht auch deshalb in der Kirche weil sie wissen, daß die Parole der Zukunft: „Friede auf Erden“ nur erfüllt werden kann, wenn es wieder heißt: „Gott sei mit uns!“

Unter Waterloo, das aus tausend Wunden blutet, schreit jämmerlich nach Menschen, in denen die Liebe Christi lebt, und die anderen Halt und Anker sind — religiös und moralisch. Willst nicht auch Du mitarbeiten an dem großen Liebes- und Friedenswerk der Kirche? Wenn ja, dann gilt Dir und allen, die mit Dir darin gleichgesinnt sind, die andere bessere Lösung:

Hinein in die Kirche!

Bermischtes.

* Kasernen zu Wohnzwecken. Die Verkleinerung des deutschen Heeres von 800 000 auf 100 000 Mann hat die Heeresverwaltung veranlaßt, in 138 bisherigen Garnisonstädten 145 Kasernen und 260 andere Gebäude freizugeben und sie den Kommunen zur Minderung der Wohnungsnot anzubieten. Es handelt sich um Kasernen in großen und kleinen Städten. Wühedem sind Stedlungsgeellschaften 15 Kasernen und 70 sonstige Gebäude zu Wohnzwecken überlassen worden, 19 Kasernen und 47 sonstige Gebäude haben zur Aufnahme von Flüchtlingen Verwendung gefunden. Ein Teil anderer Kasernen hat für die neue Landespolizei Verwendung gefunden.

* Kinder erster, zweiter und dritter Klasse — das klingt wie ein Witz und ist doch nur bittere Wirklichkeit, wie sie durch das neue Reichsbesoldungsgesetz geschaffen ist. Dort gibt es Zulagen für eheliche und uneheliche Kinder. Ausgeschlossen aber sind Stiefkinder. Heiratet also eine Kriegeswitwe wieder, nimmt ein Mann so dem Staate eine Last ab, so sucht der Staat ihn am Stiefkinder heim. Der Mann wird sich sehr überlegen.

* Das aufgehobene Schlichtgesetz. Aus dem Anstrichale wird folgendes Geschickliche erzählt: Ein kleiner Bauer läßt von dem Hausflächter seine beiden Schweine loslassen und den Tag des „Stichens“ festlegen. Vor dem Schlachtfest hört der Bauer nichts ein verdächtiges Geräusch am Schweinestoben, das ihn aufwacht. Er springt auf und jagt mit dem Schlegel eine Schrotladung nach dem Stalle. Am anderen Tage wird der Metzger mit Krankheit erkrankt. Der Bauer nimmt ein verdächtiges Geruch am Schweinestoben. Der Bauer holt nun mit seinem Geschir den Doktor und läßt den Metzger auf seine Kosten untersuchen. Der Arzt stellt eine derbe Schrotladung im Körper des Fleischers fest. Schmunzelnd läßt der Bauer das Fener unter dem Kessel ausgehen, um die zur Genesung des unheimlichen Fleischers zu warten.

Drei Kommunisten.

Mit wenig Hab und Gut, aber mit einem großen Eifer voller Hoffnungen und Ideen sind in diesem Sommer eine große Anzahl Industriearbeiter und Stedler nach Rußland ausgewandert, um auf der blutdürstigen Erde des zusammengefallenen Zarenreiches sich ein neues Heim zu gründen. Aber es galt ihnen noch mehr. Sie wollten Rußland als das gepriesene Reich zur Erlösung der Menschheit mit aufbauen helfen und der Weltrevolution, der Religion des gottarmen Proletariats, zum Sieg verhelfen.

Die heilige Erde Rußlands hat ihnen nicht gegeben, was sie suchten: Frieden und Brot. So sind sie nach schweren inneren Kämpfen und harten Entbehrungen wieder heimgezogen und die letzten Rückwärtigen haben vor kurzem die deutsche Ostseeküste berührt. Es sind ihrer drei.

Der eine, ein heißblütiger, aufgeregter, nervenfranker Zwanziger, äußerlich von kräftigen Formen, saßt sein Erleben in die wenigen Worte zusammen: „Ich bin als Gewaltkommunist hinausgezogen und bin als Liebender Kommunist nach Hause gekommen.“ Also Rückkehr vom Politischen ins rein Menschliche.

Der Zweite, eine sinnende, düstere Natur, ein Gräbler und doch wieder Willensmensch genug, um eigenen Gedanken Wirklichkeit zu geben. Auch er hat offensichtlich Körperlich gelitten. Bei jeder inneren Erregung schied ihm das Blut, vom nervös arbeitenden Herzmuskel gepeitscht, ins blaße Gesicht und somit die Gedanken in stöhrende vorgebrachte Sätze. In Rußland ist gar kein Kommunismus! Das Ganze ist eine Arbeiterbourgeoisie! Wer in maßgebender Stelle sitzt, kann es aushalten, die anderen darten. Wir wollten alle etwas leisten, aber wir konnten wenig arbeiten. Die Hälfte von uns war immer krank. Ich wollte durchhalten, ich wollte auch arbeiten, ich habe auch gearbeitet, habe auch ein Zeugnis, daß meine Arbeit anerkannt worden ist, aber ich konnte zuletzt nicht mehr. Mit leerem Magen kann man nicht arbeiten. Dann sagte er weiter, wer ein richtiger Kommunist ist, muß auch für seine Ideale gegebenenfalls sterben. Aber so weit reichte sein Idealismus nicht, er wollte am Leben bleiben.

Der Dritte ist ein kleines, blaßes Menschenkind, auf dessen Kommen sich noch ein Vater und eine Mutter freuen. Von Natur harmlos und gutmütig, erzählt er mit schwacher Stimme und schlichten Worten, wie es ihm ergangen ist. Er wollte mal „fortmachen“, wollte Rußland mit aufbauen helfen, glaubte auch, bessere Lebensbedingungen vorzufinden als in seinem sächsischen Industriestädtchen. Doch die Verhältnisse waren härter als seine schwächliche Natur und so hatte er sich entschlossen, den Staub von der heiligen Erde Rußlands abzuschütteln und wieder in die alte Heimat zurückzuziehen.

So verschieden alle Drei in ihrem Wesen und ihren Auffassungen über ihre Erlebnisse in Rußland sind, einigt sie doch der eine Gedanke, daß zur Einführung eines wahren Kommunismus nicht Diktatur und Maschinengewehre genügen, sondern Menschen, die den Nächsten lieben gleich wie sich. Wer einen Hilde hat, der gebe einen Rod dem der keinen hat, aber laßet die linke Hand nicht wissen, was die rechte tut.

Selbstbespeier und Hochverräter.

In dem Oktoberheft der französischen Zeitschrift „La Paix par le Droit“ (Der Rechtsfrieden) erklärt ein Franzose sich offen für die Annahme, daß die Schuld am Weltkrieg bei den „Raubstaaten“ liegt, daß Deutschland diese Schuld nicht treffe. Und das Heft derselben französischen Zeitschrift bringt sodann einen Brief „deutscher Friedensfreunde“ an den Herausgeber, der noch folgende Stelle enthält:

„Ohne Zweifel ist der Vertrag von Versailles sehr hart. Aber die Härte ist nur dem Maße von Schuld angemessen, in die die ehemalige, jetzt verlagte und gestürzte deutsche Regierung das deutsche Volk durch ihre Kriegstreiberien verwickelt hat. Deswegen hat das deutsche Volk das Recht verloren, gegen den Vertrag zu protestieren oder sich über seine Härte zu beklagen! Ihn anzuerkennen, ist ein Gebot elementaren Gerechtigkeitsgefühls der Gerechtigkeit, die bei der Rationalität nicht halt macht, und wenn nötig, verlangt, daß man die Fehler des eigenen Landes anerkennt. Der einzige mögliche und gesunde Weg, der für ein wirklich sittliches und gesundes Empfinden besteht, um die Bitterkeit des Vertrags von Versailles und seiner Konsequenzen zu mildern, ist der Weg der Bitterkeit.“

Das sollen „deutsche“ Menschen geschrieben, gewinkt haben? Es ist kaum glaublich. Aber sogar die Namen der würdigen Unterzeichner werden genannt.

Und sie wenigstens sollte sich das deutsche Volk merken: Hans Franke, Pastor, Berlin; Rudolf Berger, Dr. phil., korrespondierendes Mitglied der französischen Akademie zu Arras (ahai); Albert Dieckhoff, Berlin; Dabicht, cand. phil., Berlin; Anna Korff, Berlin-Lichterfelde; Martha Lehmann, Berlin-Charlottenburg; Anna Rosenberg, Berlin-Wilmersdorf; A. Schutte, Berlin; F. Wied, Berlin-Bantow.

Diese Leute werden dem deutschen Volke sagen, was „gerecht“, was „sittlich“ ist! Gerade diese Leute, Geschichtskundige Leute! Nein, es dürfte doch nun wohl bald wirklich der Gipfel deutscher Geisteslosigkeit sein! Oder geht's noch höher hinauf? Und diese Leute glauben, mit ihrem verächtlichen Gewinsel den Franzosen zu imponieren? Wundern wir uns, wenn das Ausland uns heute wie eine Nation von Spießbüchern behandelt?

Es paßt zu dieser „Tat“ der „deutschen Friedensfreunde“, was sich intime Freunde dieser Herren unter Einführung des fattsam bekannten Herrn Lehmann-Nußbaldt geleistet haben, wenn sie einfach hochverräterisch kürzlich der Entente die deutsche Regierung und zumal den Reichskommissar für Waffenablieferung denunzierte! So muß es kommen! Nicht genug, daß wir Deutschen uns das eigene Grab gegraben haben, — wir müssen auch die letzte Schaufel voll nachschütten! Und das nennt sich „deutsch“!

Zu der obigen Kundgebung sei noch bemerkt: Selbst eine Klara Zerkin, sonst wahrhaft keine Kronzeugin für uns, selbst diese sanftmütige Kommunistin, hat kürzlich auf dem kommunistischen Kongress in Frankreich erklärt: Der Vertrag von Versailles muß revidiert werden! Diese „Friedensfreunde“ übertrumpfen sie! Wie werden die französischen Militärs — ausspudeln und dann schmunzeln!

Zweifelhafter Arbeiterschutz.

Die russische Zeitung „Ekonomscheskaja Schiza“ berichtet von einer Verfügung der Arbeitsinspektoren der russischen Eisenbahnen, nach der zukünftig Kinder unter 14 Jahren im Transportwesen nicht beschäftigt werden dürfen und Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis des betreffenden Arbeitsinspektors. In Bezug auf die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte ist beschlossen worden, sie im Transportwesen nur beim Schmieren und Delen der Maschinentelle zu verwenden und auch nur im Falle einer ausreichenden Versorgung derselben mit Arbeitskleidung durch die Zentralregierung. Verzeite, die schwangeren Frauen Urlaub vorzuziehen, sollen zur strengsten Verantwortung gezogen werden. Personen über 60 Jahren sollen nur nach vorhergehender ärztlicher Untersuchung über ihren Gesundheitszustand und den Grad ihrer Arbeitsfähigkeit Verwendung finden.

Aus dieser Verfügung geht klar und deutlich hervor, wie lässlich es tatsächlich um den Schutz der Arbeiter in Rußland bestellt ist, da sich die Arbeiterregierung Sowjet-Rußlands nicht gescheut hat, Kinder und Greise, sich rücksichtslos auf die allgemeine Arbeitssphäre berufend, zur harten Fronarbeit einzusetzen.

„Streikfreiheit“ in Sowjet-Rußland.

Wie welt es mit der auch in Deutschland heftig umkämpften Streikfreiheit im „freien“ Sowjet-Rußland bestellt ist, geht aus einer Meldung der Moskauer „Pravda“ hervor, die sich mit dem kürzlich ausgebrochenen Metallarbeiterstreik in Jekaterinoslaw beschäftigt. Es wird da gemeldet, daß nach der Streikerklärung und verschiedenen anderen Maßnahmen von Seiten der Metallarbeiter die Fabriken in Jekaterinoslaw von Soldaten besetzt und den Streikenden eine Bedenkzeit von 48 Stunden bewilligt wurde. Begründet wird dieser militärische Eingriff damit, indem erklärt wird, die Sowjet-Regierung erblicke in dem Verhalten der Arbeiter, in ihrem Streike, eine Sabotage der Produktion und droht, falls die Bedenkzeit die Arbeiter nicht zur Barmut und Wiederaufnahme der Arbeit zwingen sollte, daß die Familien der Streikenden in nordrussische Konzentrationslager verschickt werden würden.

Nach dem „Echo de Paris“ soll dieser Streik der Metallarbeiter durch die Verhaftung gegenrevolutionärer (?) Arbeiter entstanden sein, die gegen die Aufhebung der Lohnzahlungen und die Auflösung der Betriebsräte protestiert hatten.

Rein Schrecken ohne Ende.

Wohi aber ein Ende mit Schrecken steht aller Wahrscheinlichkeit nach über kurz oder lang dem bolschewistischen Rußland bevor, so sagt der sinnliche Gelehrte Dr. Hans Hansen abschließend seine persönlich gesammelten Eindrücke in Sowjet-Rußland zusammen.

Wie die „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors meldete, lehrte dieser finnische Geologe kürzlich nach seinen Erlebnissen in seine Heimat zurück, nachdem er im Jahre 1918 eine wissenschaftliche Expedition nach der Mongolei angetreten hatte. Einem Vertreter des finnischen Blattes „Suomen Uutiset“ gegenüber berichtete er über seine Eindrücke vom Bolschewismus und sagte sein abschließendes Urteil dahin zusammen, daß der Sowjet-Staat früher oder später zusammenbrechen würde. Er könne sich die Möglichkeit nicht denken, daß eine Entwicklung Platz greife, die allmählich die Lenin'schen Staatsformen umbilden und festigen würde. Es müsse einmal eine Erhebung kommen, die die jetzigen Machthaber stürze. Moskau macht den Eindruck einer ausgeplünderten Stadt. Dr. Hansen besand sich in Jekust, als Admiral Koltischal von den Russen hingerichtet wurde. Die Abtötung Soldaten, die Koltischal erschließen sollte, weigerte sich zunächst dem Befehl nachzukommen. Schließlich gelang es, die Soldaten zum Gehorsam zu zwingen.

Auf die Hinrichtung Koltischals folgte ein fürchterlicher Massenmord an allen Koltischal-Offizieren. Diese wurden entweder niedergeschossen, wo man sie traf, oder sie verschwanden spurlos in den sibirischen Steppen.

Eine Enttäuschung.

Seitdem die russische Sowjetregierung die Möglichkeit vor Augen sieht, mit Westeuropa in Handelsbeziehungen zu treten, verheißt sie für alle nach Rußland gelieferten und dort so dringlich gebrauchten Industriefabrikate Gold als Gegenwert zu schicken. Die Behauptungen der Sowjetregierung, daß sie über gewaltige Mengen an Gold verfüge, haben sich im Lauf der Zeit als völlig inhaltslos erwiesen und auf Grund genauer Untersuchungen und Berechnungen, soweit solche bei dem spärlichen vorliegenden Material möglich sind, haben Kenner des russischen Wirtschaftslebens festgestellt, daß die Sowjetregierung gegenwärtig kaum mehr als für

eine halbe Milliarde Gold besitzen kann. Diese Summe ist aber, wenn man den gewaltigen Bedarf, den Rußland an allem und jedem hat, berücksichtigt, nicht gerade imponierend. Daß die Goldreserven der bolschewistischen Regierung keineswegs unerträglich sind, geht indirekt auch daraus hervor, daß die Bolschewisten jede Gelegenheit benutzen, um die in ihrem Besitz befindlichen, dem russischen Bürgertum und den Klöstern gestohlenen oder auch mit offener Gewalt geraubten Edelsteine in Westeuropa gegen Gold zu verkaufen. So groß aber auch die Schätze an edlen Steinen, namentlich in den russischen Klöstern waren, so ist bei den Raubzügen, die die Bolschewisten zu ihrer Bereicherung veranfaßten, nur sehr wenig in die Staatskasse geflossen; das meiste fand bei der Enteignung des kürzeren und angenehmeren Weg in die Privattaschen der die Enteignung leitenden Kommissare und Sowjetbeamten. Aber auch Schmucksachen, die seinerzeit von ehrlicheren Sowjetbeamten in die staatlichen Tresors eingeliefert worden sind, haben nachher Diebhaber angezogen und sind aus der Staatsbank verschwunden, wie nachstehender Fall beweist. Nach dem bolschewistischen Umsturz wurde im großen kaiserlichen Palais in Jarosko Selo ein Collier, bestehend aus vier Reihen großer Brillanten gefunden. Das Collier wurde zuerst in der Staatsbank verwahrt und später mit anderen Wertobjekten nach Pensa gebracht, wo es bis zum August 1920 blieb. Dann wurde es wieder nach Petersburg gebracht und in einer besonderen Schatulle in sicherem Gewahrsam der Staatsbank verwahrt. Kürzlich sollte das Collier ins Ausland gebracht werden und gegen Gold, dessen die Sowjetregierung zu Propagandazwecken bedurfte, veräußert werden. Die Öffnung der Schatulle brachte aber den Bolschewisten eine herbe Enttäuschung, denn statt des Colliers befand sich in der Schatulle eine Flasche, deren aus Branntwein bestehender Inhalt die Herren Kommissare allerdings über den ersten Enttäuschungsschmerz hinwegbrachte. Von Seiten der Sowjetbehörden sind nach Entdeckung des Diebstahls eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden und sämtliche aus Petersburg nach Narwa reisenden Personen werden einer doppelten, peinlich genauen Untersuchung unterzogen. Alle getroffenen Maßnahmen sind aber bisher resultatlos verlaufen und das wertvolle zaristische Collier ist und bleibt verschwunden.

Englische Erfahrungen mit dem Bolschewismus.

In einem Weißbuch hat die englische Regierung die Berichte zusammengefaßt, die sich mit dem Schicksal und den Erlebnissen der in Sowjet-Rußland interniert gewesenen Engländer befassen.

Wenn uns auch in Deutschland diese Art von Erlebnissen nicht mehr neu ist, so ist es doch interessant, zu erfahren, was für Erfahrungen die Engländer mit dem Bolschewismus gemacht und wie diese auf sie gewirkt haben.

So äußern sich die ehemaligen englischen Gefangenen über den Gewaltigen der ultrarussischen Aufserordentlichen Kommissions, Tscherschinskij, voll Entsetzen. Die meisten der Zeugen, die im Weißbuch zu Worte kommen, halten Tscherschinskij übrigens für wahnsinnig. Im Januar 1920 wurden zwei Engländer wegen „Spekulation“ erschossen, weil sie ihnen gehörige Automobildreifen veräußerten, um Brot für ihre Kinder zu erwerben. Ueber die Verhältnisse in den Gefängnissen entwirft das Weißbuch ein erschütterndes Bild. In Zellen, die für 30 Personen berechnet sind, werden von den bolschewistischen Hentern gegen 170 Personen untergebracht. Von der Gefängnisverwaltung wurden die Engländer hauptsächlich zum Reinigen der Aborte angehalten. Die Gefängniszellen wimmelten von Läusen und Wanzen. Tagelang wurden erkrankte Gefangene in den Zellen unter den gefunden gelassen, und öfter kam es vor, daß bereits Verstorbene längere Zeit in den Zellen belassen wurden!

1921 — das Jahr der Entscheidung.

So wiesagt, wahrhaft hohepriesterlich, die „Nöte Fahne“, das Hauptorgan der deutschen „Kommunisten“, in ihrer Neujahrsbetrachtung! Und sie sagt gleich, welche Entscheidung sie meint: Ob Deutschland, dem jetzigen Rußland nach, die Räte-Verfassung und Proletarier-Diktatur erhalten soll oder nicht!

Run wissen wir also, was wir zu erwarten haben! Und das gesamte Deutschland rechts von diesen Unruhestiftern sollte nicht lächelnd an dieser Stillübung vorübergehen. Gewiß, sie nehmen den Mund gewohnheitsmäßig voll. Aber es ist doch eine Kampfansage, wie sie deutlicher nicht sein kann. Und das deutsche Volk soll sich auf diesen Kampf rüsten!

Ein Jahr der Entscheidung? In einem Sinne ist es jedes Jahr für uns. Aber es soll zugegeben werden, daß es 1921 in besonderem Sinne ist. Freilich, um Größeres geht die Entscheidung als um die Frage, ob Deutschland durch komplette Verdrängung, durch die irrfinnige Nachahmung eines Systems, das Rußland zu Grunde gerichtet hat, sich auch zu Grunde richten will. Es geht darum, ob wir in diesem Jahre damit einen Schritt weiter kommen, daß wir das Volk umfassen, aus den Röhren der Parteien herausbringen, daß wir es zu eisernem, sittlichen Ernst zusam-

menzuweisen, daß wir es so hart machen, daß es mit den entweder verberchischen oder wahnsinnigen, glauferhaften oder einfach bezahlten Unruhestiftern fertig werden kann, daß es mit ihnen aufräumt, und endlich zum Aufbau zu kommen! Darum geht die Entscheidung. Und wir wollen darum die Kampfansage der „Nöte Fahne“ annehmen und hart auf hart setzen, wir wollen diesen Schwägern mit der Tat zeigen, daß wir ihres sinnlosen Geschwäges endlich müde sind!

Totales.

Die Kunst der Topfgewächse. Viele Gartenfreunde haben den Wunsch, ihre Topfgewächse nicht vom Gärtner zu kaufen, sondern selbst aus Samen heranzuzüchten. Das verursacht zwar einige Mühe, ist aber so interessant, daß man doch einmal den Versuch wagen sollte. Der Same wird in größere Töpfe oder flache Samenschalen ausgelegt. Auf das Abzugsgloch wird eine Unterlage von Scherben, Steinbrocken oder Holzlohlenstücken gebracht, um einen schnelleren Wasserabfluß zu befördern, da Masse den Samenkörnern Schaden bringt. Die Erde muß fein gesiebt sein und aus einer Mischung von Heideerde und einem reichlichen Zusatz von Sand bestehen. Die Saat wird mit ausgegebter Erde nur schwach bedeckt und angebrückt. Die befüllten Töpfe werden mit einer feinen Brause getränkt, ohne zu schlemmen, oder besser noch in ein Gefäß mit Wasser gesetzt, bis die Erde von diesem durchzogen ist. Man gibt den Töpfen einen warmen Standort, der bis zum Keimen dunkel sein kann. Die Erde muß in den Töpfen gleichmäßig feucht erhalten werden; man erreicht dies in bequemer Weise, indem man die Topfoberfläche bis zum Aufgehen der Samenreihen mit einer Glascheibe bedeckt; die Keimkraft schwerer werdender Samenkörner kann man beschleunigen, wenn man sie zwei bis drei Tage in warmgehaltenem, welchem Wasser einweicht. Sobald die jungen Pflänzchen das vierte Blatt gehoben haben, nimmt man sie mit möglicher Schonung aller Wurzel aus den Samenschalen und pflanzt sie einzeln in kleine Töpfe, die mit der vorher angegebenen Erde und gewöhnlich alle allmählich an die Luft. Dann verpflanzt man sie, wenn die Wurzel das Erdreich durchzogen haben, in größere Töpfe. Können die versetzten Pflanzen zum Wurzelziehen unter Glas und Fenster gehalten werden, so ist der Erfolg um so sicherer und schneller. Zu den Topfgewächsen, welche auf diese Weise herangezogen werden können, gehören: Abutilon, Begonien, Pantoffelblumen, Cinerarien, Alpenveilchen, Strogonium, Primeln, Farne.

Soziales.

Schiedsgericht und Versicherungsgerichte. Wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mittels, war für die Erneuerung des Angestellten-Versicherungstrages beim Arbeitsministerium ein unparteilicher Schlichtungsausschuss eingesetzt worden. Unter dem Vorsitz des Ministers a. D. Dr. Edelmann hat dieser Schlichtungsausschuss am 11. Januar einen Schiedsspruch gefällt, der eine nicht unwesentliche Erhöhung der Angestelltengehälter vorleht. Durch die gefällte Entscheidung beträgt die Arbeitszeit der Angestellten bei allen Gesellschaften, die dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen angeschlossen sind, bei ungeteilter Arbeitszeit 45 Stunden, bei geteilter Arbeitszeit 48 Stunden. Die Bestimmungen über Entlohnung der weiblichen Angestellten, Urlaubsdauer und Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen bleiben im großen und ganzen unverändert. Die Parteien haben sich bis zum 21. Januar über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu entscheiden.

Sport und Verkehr.

Verkehrung des „A. 71“. Der Zeppelin „A. 71“, das erste der beiden von Deutschland an Italien abgelieferten Luftschiffe, hat in Italien nur ein kurzes Dasein gehabt. Nach seiner Ablieferung in Centocelle bei Rom machte es in Gegenwart des Königs eine Probefahrt, erlitt aber bei der Landung Beschädigungen, die die Auswechslung einiger Teile notwendig machten. Man wandte sich zu diesem Zweck nach Deutschland, erhielt aber zur Antwort, daß nichts dergleichen mehr vorhanden sei. Wie nun „Corriere della Sera“ berichtet, wurde die Zersörung des Zeppelins angeordnet.

Aus Stadt und Land.

Auslieferung des letzten großen deutschen Dampfers. In den nächsten Tagen wird der Dampfer „A. 71“ an die Entente ausgeliefert werden. Er wird am 18. Januar zur Probefahrt nach Swinemünde abgehen und dann nach kurzer Probefahrt auf der See der Entente übergeben werden. Der Dampfer „A. 71“ ist wohl das größte zurzeit noch in Deutschland befindliche Schiff und ist allen Offizier-Badebesuchern, die über Sicin fahren, bekannt. Es ist etwa 20 000 Tonnen groß, seine Länge beträgt 188 Meter, die größte Breite 23 Meter; es kann 2000 Passagiere aufnehmen. Das Schiff war seinerzeit auf der Vulkanwerk im Auftrage der Hamburg-Amerika-Linie als Spezialschiff für den Panamakanal erbaut und ist auf das allermodernste eingerichtet. Es besitzt einen großen Warmwasserschwimmfaß und stellt ein Wunderwerk deutscher Schiffbaukunst dar. Durch das lange Jahre dem Wind und Wetter ausgesetzte Stillliegen hatte das Schiff viel Schaden gelitten und mußte auf Wunsch der Entente erst wieder völlig instand gesetzt werden.

Stenographie an den höheren Schulen. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat durch eine Verfügung an die Provinzial-Schulkollegien angeordnet, daß in allen staatlichen höheren Lehranstalten für die männlichen und die weibliche Jugend den Schülern und Schülerinnen namentlich der Mittelstufen Gelegenheit zur Teilnahme an wahlfreiem Unterricht in der Kurzschrift zu geben ist. Die Kosten sind von den Schülern selbst anzubringen. Ein bestimmtes System wird nicht vorgeschrieben, doch hat der Minister „auf das in Preußen am weitesten verbreitete und sich durch leichte Erlernbarkeit und Schreibfähigkeit auszeichnende System Stolz-Schrey“ empfehlend hingewiesen. — In Bayern ist die Stenographie bekanntlich schon seit Jahren Gegenstand in den höheren Schulen.

Bemerktes.
 Im Wartesaal des Leipziger Hauptbahnhofes spielt sich, wie die „Chemn. Allg. Ztg.“ berichtet, folgende Szene ab: Gast: „Pittolo! Das Drehbuch!“ — Pittolo: „Das kann ich Ihnen nicht bringen!“ — Gast: „Machen Sie keine Geschichten; ich habe Gile! Schaffen Sie sofort das Buch zur Stelle!“ — Pittolo: „Ich darf aber nicht!“ — Gast: „Kann?“ — Pittolo: „Das Drehbuch wiegt 8 Pfund, ich darf aber nur 7 tragen. Da muß ich erst den Betreiber fragen.“
 „Wie zufrieden.“ „Ja, die Sache stimmt schon“, sagte der Betreiber-Einsteiger zum Kunden: „Ihre Nummer ist bei der gestrigen Schließung mit 50000 M. gezogen. Und um ein Haar wäre auch die Schlagprämie von 300000 M. auf Sie entfallen!“ — „So ein verdammtes Pech!“ ächzte der verzweifelte Besessener.

Wichtiges.
 Pirna. Ein Trefftag für Landwirte soll von jetzt ab jeden Sonnabend in Pirna zur Besprechung von Berufsfragen usw. stattfinden. Doch man sollungen einen eigenen Herz hier begründen will, zeigt die Sammlung für ein „Bauernheim“ in Pirna, wobei sofort 1500 M. gesteuert wurden. Die weiteren Bauarbeiten dürften sehr schnell zum Anwachsen dieses Fonds führen.

Hafer
 kauft auf Bezugsschein
Louis Schmidt,
 Dippoldiswalde,
 Kommissionär der Hafernährmittelszentrale.

Stern-Lichtspiele.
 Sonntag 1/9 Uhr
„Der Jäger vom Fall“
 von
Ludwig Gaughofer
 Alten.
 Inhabhafte Verfolgungen der Wilderer im Karwendelgebirge in schauerlichen Höhen, auf Höhen in der ressenden Nacht.
Prächtigste Naturaufnahmen.
 Ein tolles Lustspiel und
 die Meisterwoche
 werden das Programm vervollständigen.
 Um gütigen Zuspruch bitten Jeder Besucher.

Jugendverein Reichstädt.
 Sonntag den 16. Januar
Kränzchen!
 mit Besetzung im oberen Gasthofe. — Anfang 4 Uhr.
 Hierzu ladet herzlich ein
 d. S.

Eine Trompete
 zu verkaufen
 Sennersdorf Nr. 59 B.

Schleifstein
Weiß-Steinfalt
 zum Bauen und Dängen
 empfiehlt
H. Liebel Nachf.
 Paul Dersch,
 Dippoldiswalde, am Bahnhof.

Naturbutter
 nicht, aber prima

Stechzwiebeln
 Diese ich an. Postfrei inkl. Porto
 und Verpackung 30 M. franko Nachnahme. Str. 260 M. ohne Nachnahme.
Otto Hofert,
 Götzwig, Sa.

Schirme
 werden repariert und neu bezogen bei
Paul Schwind,
 Schmiedeberg.

Schlacht-ferde
 kauft
 Herr. Scherke, Kohlschütterer,
 Dippoldiswalde, Markt 20,
 Telefon 80.
 Bei Nachzahlung sofort per
 Steh. Rückzahlung vorhanden.

Asthma
 kann geheilt werden. Sprechstunden in Dresden, Prager Straße 38, III., jeden Montag von 11-1 Uhr.
 Dr. med. Wilbert, Spezialarzt,
 Berlin S. W. 11.

Erste Sachliche Wohlfahrtslotterie
 3. Ziehung 17.-25. Jan.
 Lose zu 4 M. mit
Louis Schmidt.

Gasthof „zur Frankmühle“, Wberndorf.
 Dienstag den 18. d. M.
Großes Konzert und Ball,
 ausgeführt von der
Dippoldiswalder Stadtkapelle.
 Leitung: Musikdirektor Jahn.
 Eintritt 3,50 M. (Gutgewähltes Programm.) Anfang 1/8 Uhr.
 Karten im Vorverkauf à 3 M. sind im Konzertlokal zu haben.
 Einem zahlreichen Besuch sehen freundlich entgegen
 G. Spig und W. Jahn.

Reichskrone.
 Sonntag den 16. Januar von 4 Uhr
großes Ballfest
 im festlich geschmückten Saale.
 Es ladet ergebenst ein
 Wolf Wittig.

Gasthof Schmiedeberg
 Sonntag den 16. Januar
 (Anfang 6 Uhr)
feiner Ball.
 Festliche Dekoration. Stimmungsvolle Musik.
 Von 7-8 Uhr Contre.
 Hierzu ladet freundlich ein M. verw. Schenl.

1 Lehrling
 für unser kaufmännisches Büro,
1 Lehrling
 für unser technisches Büro
 [sucht für Ostern 1921 -]
Weißeritztalwerk G. m. b. H.
 Dippoldiswalde.

Städtisches Elektrizitätswerk
 Dippoldiswalde
 empfiehlt
Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen jeden Umfangs.
 Kostenschätzungen unentgeltlich. Ständiges Lager von Beleuchtungskörpern, Osramlampen, Plättchen, Motoren für Gleich- und Drehstrom mit Anpfeifung.

Rind-Häute, Bruchkranke
 können ohne Operation und Berufsunfähigkeit geheilt werden.
 Sprechstunde in Dresden, Büttchauerstraße 29, I., bei Paul, am 21. Januar von 9-1 Uhr.
Dr. med. Knopf,
 Spezialarzt für Bruchleiden.

Fichtene Stangen
 (10-15 cm Unterstärke) zu kaufen gesucht.
 Dougl. auch eine Partie]
Birken-Deichselstangen,
 4 m lg., 12/15 cm hoch. Preis anfragen
 Schwegel Langwitz-Kreis.

Anabe achtbarer Eltern, der gewillt ist, das Schuhmacher-Handwerk zu erlernen,
sucht tüchtigen Lehrmeister
 in der Nähe von Schmiedeberg, Wberndorf, Glashütte. Angebote unter „N. 3. 20“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Zafell oder
 braucht in jeder gewünschten Ausführung die Buchbindererei von Carl Jahn

Walter List, Lehrer
Gertrud List geb. Klöß
 zeigen ihre Vermählung an
 Schmiedeberg (Bez. Dresden), 15. 1. 21.

Schützenhaus Dippoldiswalde.
 Sonntag den 16. Januar 1921 abends 1/8 Uhr
Hanns Pauli,
 Phänomenaler Verwandlungskünstler. Ehemaliges Mitglied des Central-Theaters zu Dresden.
 „Der Brandstifter“, Komödie von Herrn. Heppermanns.
 „Ein Ständchen im Adarst“, Eine originelle Neuze.
 Nachmittags 1/4 Uhr: Große Kinder-Vorstellung:
 „Das Wiedersehen am Weihnachtsabend“!
 Alles Nähere siehe Aufhängerzettel.

Gasthof Naundorf
 Sonntag den 16. Januar
feine Ballmusik
 Neue Dekoration.
 Um gütigen Zuspruch bitten
 Paul Wächter und Frau.

Gasthof Reinholdshain.
 Sonntag den 16. Januar
feine Ballmusik
 Hierzu ladet freundlich ein
 S. Annah.

Naturheilbad „Zukunft“
 Dippoldiswalde, Freiburger Platz.
 Licht, Ufklas, Rheumatismus, Herz, Nerven, Nieren, Blasen-Frauenleiden behandeln naturgemäß mit elektr. Licht, Elektrizität Wasser und Massagen. — Massage Thure-Brandt.
 Behandlungen auch außer der Anstalt. — Urein-Untersuchung.
 Otto Ell, Naturheilkundiger und Frau, ärztlich gepr. Masseuse.

Für ein größeres Unternehmen im Weiberrichtal wird für 1. Februar oder später ein
Fräulein
 gesucht, das mit allen vorkommenden Kontorarbeiten vertraut ist. Hauptbedingung: Scharfes Rechnen und vollkommene Fertigkeit in Schreibmaschine und Stenographie. Die Stellung ist angenehm. Angebote sind einzureichen unter „W. W. 1000“ an die Geschäftsstelle.

Wo speist man in Dresden gut und billig?
Braunschweiger Hof
 Freiburger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23 vom Haupt-Bahnhof. Freundliche Fremdenzimmer.
 Inh.: Georg Müller.

Zerbrochene
 Dachfenster, gußeiserne Maschinenteile und Geräte, Fahrradrahmen, geborstene Holz-, Weib-, Handöhre und Pumpen, abgedrochene Sadel- und Kautschukreifen usw.
schweißt autogen;
 landwirtschaftl. Maschinen und Geräte sowie Kessel und Formen repariert

H. Rahnefeld,
 Dippoldiswalde, Freiburger Straße 233.

Metalldreher- und Schlosser-Lehrlinge
 unter gütigen Bedingungen für Ostern d. J. gesucht
Armaturenwerke Blanke & Rast,
 Dippoldiswalde.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, die uns bei dem Gelingen unserer Heirat, viel zu früh entschlossenen Gatten und Eltern
Heinrich Adolf Gerisch
 von allen Seiten in so reichem Maße zuteil geworden sind, sprechen wir nur herzlich allen unseren herzlichsten Dank aus.
 Ganz besonderer Dank Herrn Maxes Geisert für seine treue Hilfe bei der Kirche und am Grab, dem Herrn Kantor und dem Chöre für Orgelspiel und Gesänge, seinem verehrten Herrn Onkel sowie seinen lieben Mitarbeitern für das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte. Ferner herzlichsten Dank für die erhebende Trauermusik.
 Großh., den 9. Januar 1921.
 In tiefer Trauer:
 Emma verw. Gerisch nebst Kindern und Angehörigen.